

# nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE  
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

5

VII. Jahrgang

Friedrichshafen, Mai 1967

Einzelpreis 0,75 DM

25 21 395

**D**er Militärputsch in Griechenland zeigte mit aller Deutlichkeit, daß der Faschismus in Europa keineswegs mit dem Sturz der nationalsozialistischen Gewalt herrschaft 1945 in Deutschland sein Ende gefunden hat, und er bestätigt weiter, daß sich jede faschistische Diktatur im Prinzip gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen richtet. Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsmitglieder waren unter den ersten, die verhaftet und in die Konzentrationslager verschleppt wurden, und wenige Tage nach der "Machtübernahme" verboten die Putschisten die Gewerkschaften. Es überrascht keineswegs, daß auch in Griechenland die Legende von dem kommunistischen Aufstand herhalten mußte, um den faschistischen Generälen ein Alibi zu verschaffen. Alarmierend ist aber, daß dieser Putsch sich nach einem Plan vollzogen hat, der in den NATO-Stäben ausgearbeitet wurde, und daß jedes Mitglied der NATO einen gleichen Plan als Geheimdokument in den Panzerschränken der zuständigen Minister aufbewahrt, also auch das Verteidigungsministerium der Bundesrepublik.

Die Unterdrückung der Freiheit und der staatsbürgerlichen Rechte, die Auflösung linksgerichteter Parteien und der Gewerkschaften in Griechenland zeigen, wie lebensnotwendig, besonders für die Gewerkschaften, der Widerstand gegen jeden Angriff auf die demokratischen Grundsätze in Staat und Gesellschaft ist. Das gilt nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik, wo die Regierung der Großen Koalition dem Bundestag die verlassungsändernden Notstandsgesetze zur Beschußfassung vorgelegt hat.

## Athen lehrt: Demokratie verteidigen!

Zwar haben die Gewerkschaften, wie auch der DGB, in zahlreichen Kundgebungen und Entschließungen mit Entschiedenheit die Notstandsgesetze abgelehnt und auf den Mai-Demonstrationen diese Ablehnung noch einmal bekämpft. Aber es wird darauf ankommen, mehr zu tun, als Bekenntnisse zur uneingeschränkten Aufrechterhaltung der Demokratie abzugeben. Es wird immer notwendiger, durch eine Demonstration der Tat unter Beweis zu stellen, daß es den Gewerkschaften ernst ist mit dem Einsatz auch der letzten gewerkschaftlichen Mittel, wenn es um die Sicherung der demokratischen Rechte geht. Es sollte keine Zweifel darüber geben, daß es auch in der Bundesrepublik genügend Generäle gibt, die durchaus willens sind, es den faschistischen Offizieren Griechenlands gleichzulun. Und die letzten Landtagswahlen zeigen, daß sich mit dem Auftreten der neonazistischen NPD in den Länderparlamenten auch die faschistischen Hilfstruppen zu formieren beginnen.

Heute sind die Gewerkschaften noch in der Lage, die Demokratie zu retten. Dafür geben die französischen Gewerkschaften ein Beispiel: Zur Abwehr des von der Regierung Pompidou im Auftrage de Gaulles dem Parlament vorgelegten Ermächtigungsgesetzes haben die vier größten Gewerkschaftsorganisationen in beispielhafter Einmütigkeit zu einem Generalstreik aufgerufen. Am 17. Mai werden in ganz Frankreich für 24 Stunden alle Räder stillstehen als Warnung an die Regierung, das Parlament auszuschalten und mit diktatorischen Vollmachten zu regieren.

Kämpferische Solidarität am 1. Mai .....	2
Rettet die Demokratie .....	3
■ Kein Lohnverzicht für Stahlarbeiter .....	4
Pleitegeier in der Bundeskasse ..	8
■ SED festigte ihre Position .....	10
Machtstrukturen des Kapitalismus .....	12
Programmierung und Wirtschaftsplanung .....	14
Gefahren für Rentenversicherung ..	16

## TRAUER-NOTSTAND

In der Nacht vom 24. zum 25. April, als der Sarg Konrad Adenauers zur allgemeinen Volksbescichtigung im Kölner Dom aufgestellt war, machten sich einige Studenten auf, um in einer Plakataktion ihre Mitbürger daran zu erinnern, daß es Christenpflicht sei, nicht nur über den Tod eines alten Mannes zu trauern, sondern ebenso auch über den Tod von Hunderttausenden Männern, Frauen und Kindern in Vietnam.

„Ein Volk trauert — wer trauert um ein Volk? In Vietnam warten 400 000 Ermordete auf ihre Totenmesse.“ Das stand auf Plakaten zu lesen, die an Mauern und Anschlagtafeln geklebt werden sollten.

Das aber roch für die politische Polizei in Köln nach Staatsgefährdung, und so zeigte sie, wie es aussehen würde, wenn wir unter Notstandsgesetzen zu leben hätten: Sie mobilisierte die Taxichauffeure, um auf die Studenten Jagd zu machen, mit dem Erfolg, daß die Autos der Studenten demoliert, sie selbst verprügelt und hinterher in das Polizeipräsidium eingeliefert wurden.

# Kämpferische Solidarität am 1. Mai

## Arbeitnehmer verlangen soziale Sicherheit und verteidigen Demokratie gegen Notstandspläne

Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik haben keine Ursache, am 1. Mai so zu tun, als sei alles in Ordnung, als seien ihre Forderungen erfüllt, die Probleme gelöst sowie der soziale und politische Friede eingekehrt. Die diesjährigen Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai, dem internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeitnehmer, haben wieder die tiefe Kluft zwischen den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und anderen abhängigen Schichten auf der einen und der Unternehmerschaft samt Bundesregierung auf der anderen Seite sichtbar gemacht.

Die von der Bundesregierung und den tonangebenden Monopolen verursachte wirtschaftliche Lage war eines der zentralen Themen, die auf den vielen hundert Kundgebungen zum 1. Mai 1967 in der Bundesrepublik abgehandelt wurden. Unmissverständlich meldeten Millionen Arbeitnehmer an diesem Tage mit besonderem Nachdruck ihre Forderung nach sozialer Sicherheit an. Weiter standen die Ablehnung der Notstandsgesetzgebung, der Protest gegen den faschistischen Staatsstreich in Griechenland und den schmutzigen Krieg in Vietnam im Mittelpunkt der Mai-Veranstaltungen.

Auf der zentralen Mai-Kundgebung des DGB in München forderte Ludwig Rosenberg vor über 20 000 Versammelten eine „sinnvolle Erhöhung der Einkommen der Verbraucher“, um über zunehmende Kaufkraft die Wirtschaft zu stimulieren. Ausführlich befaßte sich in Bielefeld der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner mit der im Schatten wirtschaftlicher Flau wuchernden sozialen Reaktion. „Wo sind die effektiven Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise?“ fragte Brenner die Bundesregierung, deren konzentrierte Aktion die Gewerkschaften nur mitmachen könnten, wenn sie nicht alle Lasten auf die Arbeitnehmer bürde. „Warum wird die längst fällige Preisbindung der zweiten Hand nicht beseitigt? Warum rüttelt man an dem Prinzip der dynamischen Rente?“ Der Sozialetat werde gekürzt, aber die Rüstungsausgaben röhre niemand an.

Der IG-Metall-Vorsitzende warnte die Unternehmer, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, den Bogen nicht zu überspannen und die Geduld der Arbeitnehmer nicht zu strapazieren. Sonst dürfe sich niemand wundern, wenn hart und machtvoll reagiert werde. Die jüngste Entwicklung am Arbeitsmarkt und in den Betrieben zeige, wie wichtig und aktuell die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft sei. „Hätten wir diese Mitbestimmung schon“, sagte Brenner, „dann könnten die Arbeitgeber nicht einseitig und willkürlich versuchen, Folgen und Kosten des wirtschaftlichen Rückgangs den Arbeitnehmern aufzubürden.“

In München bildeten die Bonner Notstandspläne und die Gefahren für die Demokratie das zentrale Thema der in

drei Marschsäulen mitgeführten und auf der Tribüne am Kundgebungsplatz aufgepflanzten Transparente und Spruchbänder: „Die Reichen wollen mehr Pink — deshalb Notstandsgesetze gegen die Linke“; „Demokratie erfordert Wiederzulassung der KPD“; „Der Verfassungsklau geht um“; „Verwirklicht DGB-Beschlüsse gegen Notstandsgesetze“ — so lauteten einige der vielen Lösungen. In Lübeck appellierte der 2. Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Wöhrl, an die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten, die Notstandsgesetzentwürfe abzulehnen. Welche Gefahren der Demokratie durch derartige Gesetze drohen, zeige der Putsch in Griechenland. In Mannheim warnte der DGB-Ortsvorsitzende Max Jäger vor der „perfektesten Notstandsgesetzgebung der Welt“, die in Bonn vorbereitet werde. Alle Notstandsvorlagen, auch die letzte, glichen sich darin, daß sie auf die Beseitigung der demokratischen Grundrechte abzielen. Das griechische Beispiel müsse die Bundesbürger schrecken. Parallelen zwischen dem faschistischen Putsch im NATO-Land am Mittelmeer und den Notstandsplänen der Bundesregierung zog auch der Bremer DGB-Vorsitzende Boljahn vor rund 15 000 Kundgebungsteilnehmern in Bremen.

Zahlreiche Mai-Redner der Gewerkschaften benutzten die Veranstaltungen zum 1. Mai zu scharfem Protest gegen den monarcho-faschistischen Putsch in Griechenland und zur Bekundung der Solidarität der deutschen Arbeitnehmer mit ihren griechischen Kollegen und den Demokraten des Landes. In München formierte sich nach der Mai-Kundgebung eine Protestdemonstration griechischer und anderer ausländischer Arbeiter, der sich viele deutsche Gewerkschafter anschlossen. Wie reaktionär das neue Regime in Athen ist, dürfte es nicht zuletzt mit dem Verbot der Gewerkschaften und der rücksichtslosen Verfolgung demokratischer Gewerkschafter und Politiker unter Beweis gestellt haben. Es ist ein Gebot internationaler Solidarität, daß die Gewerkschafter der Bundesrepublik der Unterdrückung ihrer griechischen Kollegen nach dem Muster Francos und Salazars nicht untätig zusehen.

Die Solidarität der Gewerkschafter galt in vielen Orten und zahllosen Veranstaltungen auch dem leidenden und kämpfenden Volk von Vietnam. „Keine Mark und keinen Mann für den Krieg in Vietnam“, stand auf einem Spruchband in München. Als der DGB-Vorsitzende Rosenberg die Kritik an dem feigen Massenmord der Weltmacht USA am tapferen vietnamesischen Volk mit Vorwürfen gegen „alle Beteiligten“ in die falsche Richtung zu lenken versuchte, erntete er Mißfallenskundgebungen. In Bielefeld rief Otto Brenner den Versammelten zu: „Mit Waffengewalt und Einsatz modernster Kriegsmittel ist heute kein Konflikt mehr zu lösen, selbst nicht in einem kleinen Land. Es muß verhandelt werden. Wir fordern: Militärische Abrüstung, soziale Auf- rüstung!“

Die gewerkschaftlichen Veranstaltungen zum 1. Mai haben in der ganzen Bundesrepublik vor aller Welt den festen Willen der Arbeitnehmer zu Frieden, Demokratie, sozialer Sicherheit und Fortschritt demonstriert. Sie haben aber auch klargemacht, daß die DGB-Lösung „auf sozialem Kurs voran!“ nur in hartem Kampf eine Chance zur Realisierung hat. Dabei bilden der politische und soziale Kampf eine unlösliche Einheit. Überall dort, wo die aktiven Gewerkschafter den 1. Mai in diesem Sinne vorbereitet haben, waren die Veranstaltungen stark besucht und haben sie in der Öffentlichkeit einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Die sogenannten „modernen“ Mai-Feiern, die vorwiegend der Volksbelustigung dienten und mit den Traditionen des 1. Mai kaum noch in Beziehung standen, sind in der Bevölkerung und besonders bei den Massen der Gewerkschafter selbst auf wenig Gegenliebe gestoßen. Das ist auch verständlich, zumal die ungelösten Probleme der Arbeiterschaft gegenüber früher umfangreicher und komplizierter geworden sind. Nach wie vor ist der 1. Mai ein Tag, an dem diese Probleme und Forderungen mit kämpferischem Schwung vorgebracht werden müssen, wenn sie von den Herrschenden in Staat und Wirtschaft ernst genommen werden sollen. —gs-

## Ruf an die Welt

Die Gefahr, daß sich aus dem Aggressionskrieg der Amerikaner gegen das vietnamesische Volk ein dritter Weltkrieg entwickelt, steigt mit der von der Johnson-Administration vorangetriebenen Eskalation. Zwar hat Außenminister Rusk vor wenigen Tagen vor einem Kongreßausschuß die Absicht der US-Regierung, in Vietnam Atombomben einzusetzen, bestritten, aber es ist in Amerika bekannt, daß zwischen Regierung und Generalen Einmütigkeit darüber besteht, zu gegebenen

# Rettet die Demokratie

## Die Regierung selbst gefährdet Freiheit und Recht

### Auch die neue Notstandsvorlage ist nicht akzeptabel

Dreimal ist der Plan der CDU/CSU, über die Notstandsgesetze ihre wirtschaftliche und politische Macht abzusichern, an dem Widerstand der Gewerkschaften gescheitert. Auch der Versuch der Großen Koalition und ihres Innenministers Lücke hat keine Aussicht auf Erfolg, wenn die Gewerkschaften ihren Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte verstärken.

Statt Notstandsgesetze — soziale Sicherheit! So war es auf Transparenten der Maikundgebungen zu lesen, und

ner Zeit die offenen Städte Vietnams systematisch zu bombardieren, um die Bevölkerung auf die Knie zu zwingen oder auszurotten.

Mit der zunehmenden Eskalation verstärkt sich aber auch in den USA die Front jener, die die Beendigung dieses gegen jedes Völkerrecht von den USA entfesselten Krieges fordern. Der bekannte amerikanische Senator Fulbright, einer der härtesten Kritiker der Kriegspolitik Johnsons, hat in einem Gespräch mit einer New Yorker Zeitung die Hintergründe dieses Krieges mit der Feststellung charakterisiert, daß die lautesten Kriegstreiber im Senat aus den Gebieten kommen, die besonders von Rüstungsaufträgen profitieren. Wörtlich sagte der Senator: „Einige Geschäftsleute und einige Regierungsvertreter betrachten den Vietnamkrieg als einen netten kleinen Krieg, der nicht zuviel Tote fordert und trotzdem eine große Hilfe für die Wirtschaft ist.“

Zur gleichen Zeit, da in den USA Regierung und Militärs sich mit den Möglichkeiten beschäftigen, das vietnamesische Volk auszurotten, findet in Stockholm das Tribunal über die Kriegsführung der USA in Vietnam statt mit dem Auftrag, die Verantwortlichen für diese Kriegsverbrechen festzustellen und vor der ganzen Welt zu brandmarken. Darüber hinaus aber soll das Tribunal die Welt moralisch aufrütteln und die Front gegen den Vietnamkrieg so stark machen, daß die USA gezwungen werden, ihre Truppen aus Vietnam zurückzuziehen.

Die USA zur Beendigung ihres Krieges zu zwingen, hat ferner ein Vietnamkongress zum Ziel, der am 6. Juli ebenfalls in Stockholm durchgeführt wird. Auf diesem Kongress werden sich namhafte Persönlichkeiten der ganzen Welt, besonders auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung, mit dem amerikanischen Krieg in Vietnam beschäftigen, um vor der Weltöffentlichkeit die Hintergründe des Krieges aufzuhellen und die friedeliebende Menschheit zu einer internationalen Solidarität für das vietnamesische Volk aufzurufen. -eg-

zweifellos kann es auch nur eines geben: entweder soziale Sicherheit in demokratischer Freiheit oder das Ende uneingeschränkter gewerkschaftlicher Tätigkeit durch die Notstandsdiktatur. Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß der Koalitionspartner der CDU/CSU, die SPD, in der Regierung Kiesinger stark genug ist, die Notstandsbestrebungen der Regierung zu unterbinden, selbst wenn sie es wollte, aber leider will sie es gar nicht mal. Die SPD-Führung redet zwar ebenso wie Kiesinger viel von der Notwendigkeit, den Frieden zu sichern und eine Entspannung einzuleiten, aber daraus zu folgern, daß dann Notstandsgesetze überflüssig sind, kommt keinem in den Sinn.

Die Bundesrepublik wird von niemandem bedroht, und sie braucht darum auch keine Notstandsgesetze, die schon das Kriegsrecht im Frieden möglich machen und jenen ein gefährliches Machtinstrument in die Hand geben, die den Krieg immer noch als ein Mittel der Politik ansehen. Die Bundesrepublik braucht keine Notstandsgesetze, sie braucht eine Regierung, die durch eine vernünftige Politik der Entspannung den Frieden in Europa sichern hilft.

Dies droht jedem Bürger, wenn die Notstandsgesetze Wirklichkeit werden sollten:

Die freie Wahl des Arbeitsplatzes kann aufgehoben werden, denn alle Wehrpflichtigen, d. h. alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren, können von der Bundesregierung zum „Zwecke der Verteidigung“, auch außerhalb des Wehrdienstes, zu zivilen Dienstleistungen herangezogen werden (Art. 12, 2 NStVG). Sie bestimmt dann Arbeitsplatz, Arbeitszeit und Entlohnung. Der Tarifvertrag ist aufgehoben. Das ist auch schon in Friedenszeiten möglich. Auch die übrige Bevölkerung, darunter die Frauen, kann zwangsverpflichtet werden zu einer Arbeit im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Streitkräfte und der Versorgung der Bevölkerung.

Streiks sind nur noch zur „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ zulässig (Artikel 91, 4). Dabei bestimmt die Regierung, was unter Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu verstehen

ist. Da es aber einem Zivildienstverpflichteten nicht gestattet ist, die Arbeit niederzulegen, kann die Regierung jeden Streik als „militärische Sabotage“ verhindern, wenn sie den Streikwilligen zur Dienstleistung verpflichtet. Schon bei „Drohung“ einer „äußeren Gefahr“, wie auch bei sogenannten „inneren Wirren“, kann die Regierung das Grundrecht der Freizügigkeit einschränken und von sich aus verfügen, daß bestimmte Wohnorte nicht verlassen werden dürfen bzw. bei Zwangsevakuierungen verlassen werden müssen. Der freie Reiseverkehr kann damit unterbunden werden (Art. 91, 3).

Zur Überwachung der Bürger kann die Regierung das Post- und Telefongeheimnis aufheben und den staatlichen Geheimdiensten das Abhören von Telefongesprächen und das Öffnen von Briefen gestatten. Dabei braucht den Betroffenen die Überwachung seiner Telefongespräche oder die Kontrolle seiner Post nicht mitgeteilt zu werden, und einen Rechtsweg gegen diese Maßnahmen gibt es nicht (Art. 10). Jeder Bürger ist verpflichtet, Ausrüstungsgegenstände zum Schutz gegen radioaktive Niederschläge sowie gegen chemische und biologische Kampfstoffe anzuschaffen, so u. a. Gasmasken, Strahlennemesser und Verbandskästen. Dafür wird jeder Haushalt mit vier Personen rund 105 Mark zu zahlen haben.

Nach den Notstandsgesetzen gibt es keinen Schutz des Bürgers mehr vor willkürlichen Verhaftungen: Wenn der „Zustand der äußeren Gefahr“ verkündet wird, kann die Polizei jeden ohne Haftbefehl festnehmen und ihn vier Tage lang festhalten, ohne ihn dem Richter vorzuführen (Art. 115d). Im „Zustand der äußeren Gefahr“ wie auch bei „Gefahr für den Bestand“ der Bundesrepublik im Inneren kann die Bundesregierung die Bundeswehr als „Polizeikräfte“ einsetzen (Art. 91 und 115d).

Oberste Entscheidungsbefugnis in allen Notstandsfragen bekommt ein besonderer „Gemeinsamer Ausschuß“ aus 33 Bundestags- und Bundesratsvertretern, die das Parlament im angekommenen Notstandsfall ersetzen. Eine Garantie dafür, daß auch die Oppositionspartei in diesem Ausschuß vertreten sind, gibt es nicht, von einer Beteiligung der außerparlamentarischen Opposition ganz zu schweigen (Art. 53a).

Es liegt auf der Hand, daß diese Notstandsgesetze nicht verwirklicht werden dürfen, wenn die Demokratie in der Bundesrepublik, die ohnehin schon weitgehend ausgehöhlt ist, gerettet werden soll. Die Situation ist alarmierend, und nur die gemeinsame Abwehr aller demokratisch gesinnten Kräfte in der Bundesrepublik kann diesen Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte zunichte machen. sr

# Kein Lohnverzicht der Stahlarbeiter

Unternehmer wollen den Konflikt provozieren

Nach vier Monaten noch immer kein Ergebnis

Die nun bereits vier Monate andauernden Tarifverhandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen haben bisher nicht die geringsten Fortschritte gebracht. Alle bisherigen Verhandlungen zwischen dem Unternehmerverband Eisen und Stahl und der IG Metall zeigten nur eines: Die Ruhrkonzerne wollen den Lohnstopp. Als Folge der Null-Prozent-Taktik der Stahlindustriellen sind die Tarifverhandlungen im letzten Monat ohne Ergebnis und ohne Einigung über einen neuen Verhandlungstermin abgebrochen worden. Der Essener IGM-Bezirksleiter Manowski sagte dazu: „Die Unternehmer wollen den Eklat.“

Dabei sind die Forderungen der Gewerkschaft höchst bescheiden. Anstelle der von den Stahlindustriellen abgelehnten „Extras“, mit denen die IG Metall dem zu Jahresbeginn eingeschlagenen Weg der Verdienstsicherung weiterverfolgen wollte, hat der Gewerkschaftsvorstand für die rund 210 000 Beschäftigten der eisenschaffenden Industrie von Nordrhein-Westfalen folgende Forderungen erhoben:

- Erhöhung der Löhne um 0,14 DM je Stunde, bezogen auf den Ecklohn von 3,60 DM;
- Aufbesserung der Gehälter um 24 DM pro Monat;
- Anhebung der Lehrlingsvergütung um 20 DM monatlich.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die gewerkschaftliche Lohnforderung nicht linear, sondern nach Lohngruppen aufgeschlüsselt ist, beträgt ihr materieller Wert 3,9 Prozent.

Der ursprüngliche Vorschlag der IG Metall sah vor, den laufenden Lohn- und Gehaltstarifvertrag um 9 bis 12 Monate zu verlängern. Dafür sollten die tarifliche Absicherung eines 13. Monatseinkommens von 50 auf 80 Prozent erhöht, der arbeitsfreie Samstag nicht mehr als Urlaubstag angerechnet und die tariflichen Monatsgehälter unter voller Anrechnung auf die Effektivverdienste um 7,5 Prozent erhöht werden. Die Realisierung dieser drei Forderungen hätte für die Stahlindustriellen eine Belastung von nur 3,48 Prozent bedeutet. Da aber der Unternehmerverband Eisen und Stahl die Wünsche der IG Metall mit einem völlig unzureichenden Gegenangebot beantwortete, das praktisch einem Lohnstopp gleichkam, sah sich schließlich der Gewerkschaftsvorstand gezwungen, die Lohn- und Gehaltstarife zum 28. Februar zu kündigen.

Zur Begründung ihrer Lohn- und Gehaltsforderungen verweist die IG Metall darauf, daß die Produktion je Beschäftigtenstunde in der eisenschaffenden Industrie 1966 um 3,3 Prozent gestiegen ist. Der Umsatz je geleistete Arbeiterstunde hat sich in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie um 5,3 Prozent erhöht. Dagegen sind die

Lebenshaltungskosten im Land NRW um 4 Prozent gestiegen, während für das Jahr 1967 mit weiteren Preissteigerungen um 2 Prozent gerechnet wird. Das bedeutet, daß die Hütten- und Stahlarbeiter allein im letzten Jahr einen Kaufkraftverlust von rund 3 Prozent hinnehmen müßten; ganz zu schweigen von den Lohnverlusten durch Feierschichten, Kurzarbeit und Umsetzungen.

Die bisherige Zurückhaltung der IG Metall bei ihrer Lohn- und Gehaltspolitik für die eisenschaffende Industrie kommt auch darin zum Ausdruck, daß die letzte Einkommenserhöhung vom 1. Februar 1965 datiert und die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von 1960 bis 1966 nur um 56 Prozent gegenüber 72 Prozent in der metallverarbeitenden Industrie gestiegen sind. Noch 1960 stand die Stahlindustrie an erster Stelle in der Lohnskala; 1966 sank sie auf den dritten Platz ab. Aus diesen Gründen sind Vorstand und Tarifkommission der IG Metall der Auffassung, daß es bei aller Rücksichtnahme auf die besondere Lage der Eisen- und Stahlindustrie weder im Interesse der Unternehmer noch der Gesamtwirtschaft liegt, eine weitere Lohnzurückhaltung zu üben.“

Angesichts der maßvollen Tarifpolitik der Gewerkschaft und der permanenten Lohnverluste der Hüttenbelegschaften hätte man annehmen können, daß sich die Stahlindustriellen zu einem Entgegenkommen bereit erklären würden. Doch das genaue Gegen teil ist der Fall. Der Unternehmerverband Eisen und Stahl bezeichnete die bescheidenen Forderungen der IG Metall als „völlig undiskutabel“ und verlangte beim letzten Gespräch sogar, die Tarifverhandlungen auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Hier wird die Absicht der Konzernherren deutlich, im Interesse der Profitssicherung Lohn- und Gehaltserhöhungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinauszuschieben.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheuen die Stahlindustriellen vor keinem Mittel zurück. So drohte Verbandsvorsitzender Dr. Brandl: Wenn es zu einem Lohnkampf kommt, besteht die Gefahr, daß 30 000 Arbeitsplätze verlorengehen. Mit anderen Worten: Die

Stahlkonzerne wollen die Lohn- und Gehaltsforderung der IG Metall mit Massenentlassungen beantworten. Mit der unverhohlenen Drohung, rund 15 Prozent aller Stahl- und Hüttenarbeiter auf die Straße zu werfen, soll die unsichere Lage in der eisenschaffenden Industrie zur Profitssicherung ausgenutzt, ein Keil zwischen die Unternehmer und die IG Metall getrieben sowie Tarifkommission und Gewerkschaftsvorstand unter Druck gesetzt werden, damit sie auf die notwendigen Lohn- und Gehaltserhöhungen verzichten.

Dabei steht es längst fest, daß im Zuge der Bildung der vier Walzstahlkontore, mit denen die wirtschaftliche Vormachtstellung der großen Stahlkonzerne in der Bundesrepublik und darüber hinaus in Westeuropa ausgebaut und ihr politischer Einfluß weiter vergrößert werden soll, rund 30 000 Arbeitern und Angestellten die Entlassung droht. Entsprechende Pläne liegen bereits bei den einzelnen Konzernen vor. Folglich wird in der westdeutschen Stahlindustrie eine neue Entlassungswelle anlaufen, unabhängig davon, ob die Gewerkschaft Lohnforderungen stellt oder nicht. Man kann dem Tarifexperten der IG Metall, Hans Mayr, daher nur beipflichten, wenn er immer wieder den Standpunkt vertritt, daß durch Lohnverzicht kein Arbeitsplatz erhalten werden könnte. Diese Feststellung hat besonders für die Eisen- und Stahlindustrie Gültigkeit.

Obwohl seit fast zwei Jahren keine Lohnnerhöhungen mehr vereinbart wurden, verringerte sich die Arbeiterbelegschaft seit Sommer 1965 um 0,5 Prozent monatlich. Im Jahre 1966 verlor die Stahlindustrie 20 770 Beschäftigte oder 5,2 Prozent der Gesamtbefolgschaft; allein im letzten Quartal des abgelaufenen Jahres betrug der Beschäftigungsrückgang fast 11 000 Mann. Diese systematische Reduzierung der Belegschaften der Stahlindustrie beweist, daß ein Lohnverzicht der Gewerkschaft für die Konzernherren kein Grund ist, die Sicherheit des Arbeitsplatzes zu garantieren.

Die Rechnung der Stahlindustriellen, mit der Sorge der Arbeiter und Angestellten um ihren Arbeitsplatz ein Geschäft zu machen und Bonns Politik der „konzertierten Aktion“ in vollem Umfang gegen die IG Metall anzuwenden, wird nicht aufgehen. Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft hat auf ihrer jüngsten Sitzung die Forderung des Unternehmerverbandes nach einer Vertagung der Tarifverhandlungen auf unbestimmte Zeit mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen und von den Unterhändlern der Stahlkonzerne die Vereinbarung eines neuen Verhandlungstermins gefordert. Bei der Tatsache, daß in der Stahlindustrie trotz Fläute Dividenden zwischen 8 und 14 Prozent gezahlt werden, hat die IG Metall auch nicht den geringsten Grund, auf die Realisierung ihrer maßvollen Lohn- und Gehaltsforderungen zu verzichten.

G. B.

# Für Lohnerhöhung ist genug „drin“

## Auf harten Konflikt in der Werftindustrie vorbereiten IG Metall muß klaren Arbeitnehmer-Standpunkt beziehen

Als kürzlich die Tarifkommission der IG Metall des Bezirkes Hamburg über die Lohnsituation für 1967 beriet, vertrat der Bezirksleiter, Heinz Scholz, den Standpunkt, daß für eine Lohnerhöhung in diesem Jahr „nichts drin“ sei. Natürlich erntete Scholz mit dieser Haltung in der Kommission lebhaften Widerspruch. Das ist verständlich, zumal Scholz am 4. November 1966 auf der 5. Arbeitstagung der Schiffswerften in Kiel erklärte, daß der Zeitpunkt der Tarifkündigung für 1967 festliege (30. Juni), komme es jetzt darauf an, die Werftarbeiter auf eine harte Lohnauseinandersetzung vorzubereiten.

Wenn diese Feststellung nicht als reine Pflichtübung gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern aufgefaßt werden soll, muß man fragen, was sich denn seitdem am Kündigungsgrund — oder gar an der schlechten Entlohnung — geändert hat. Die Lage ist für die Arbeitnehmer doch eher noch unerträglicher geworden. So wurde vor allem auf den Großwerften der Effektivverdienste durch den Abbau der Sozialeistungen und der Akkordvergabzeiten empfindlich gekürzt. Die Rickmerswerft in Bremerhaven überführte sogar alle Akkordarbeiter für ein ganzes Jahr in den Zeitlohn, was für die Gesellschafter der Werft einen netten Extraprofit abwirft.

IGM-Bezirksleiter Scholz machte der Werftindustrie Vorschläge, von deren Realisierung er sich eine Gesundung der Lage erhofft. Danach müsste die Konzentration der Werftindustrie dem „Hängen und Würgen“ der kleineren Werftunternehmen vorgezogen werden. Es seien heute „ein paar Freisetzung“ durch Rationalisierung“ besser als morgen und übermorgen Entlassungen.

Diese Einstellung mag im Moment „vernünftig“ erscheinen; ob sie aber auch mit gewerkschaftlicher Vernunft zu vereinbaren ist? Was heißt Freisetzung? Freisetzung ist das moderne Wort für Entlassung. Bekannt ist, daß die Werftunternehmer seit 1957 bereits mehr als 40 000 Arbeiter und Angestellte aus den Werften „herausrationalisiert“ haben. 70 Prozent davon waren Arbeitnehmer im Alter von über 55 Jahren; Menschen also, die in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage kaum Aussicht haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Was die Vorstellungen über Konzentration im Schiffbau betrifft — und das gilt nicht nur für die Werftindustrie —, so bedeutet sie in jedem Falle noch mehr wirtschaftliche und politische Macht in den Händen weniger Großkapitalisten. Macht für jene Monopole, die heute schon rücksichtslos Hundertausende auf die Straße setzen, zur Kurzarbeit zwingen und einen

unerhörten Lohnraub durchführen. Zum anderen würden die mittleren und kleinen Werftbetriebe den Konzernen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sein. Auch kann bei dem gegenwärtigen Stand der Mitbestimmung von einer demokratischen Kontrolle der Mammutunternehmen nicht die Rede sein.

Geht es aber den Werftunternehmen wirklich so schlecht? Nach einem Bericht der Chamber of Shipping hat die Weltschiffstonnage den Zustand der Vollbeschäftigung erreicht. So gab es 1966 im Weltmaßstab nur noch 56 Schiffe im 570 000 BRT, die nicht in Fahrt waren. Zum Vergleich sei angeführt, daß Ende der fünfziger Jahre rund 9 Mill. BRT an Schiffsraum angebunden lagen. Das gegenwärtige Bau- und Auftragsvolumen für die internationale Schiffbauindustrie wird auf über 30 Mill. BRT geschätzt. Nichts spricht dafür, daß der Wachstumstrend im Schiffbau zum Stillstand kommt. Im Gegenteil, alle Schiffahrtsexperten sind sich darüber einig, daß im Zuge des expansiven Weltmarktes die Nachfrage nach Schiffsraum durch die bestehenden Werftkapazitäten nicht schnell genug gedeckt werden kann. Der Schiffbau zählt also zu den Wachstumsindustrien.

Die Herren beim Verband der Deutschen Schiffswerften sollten sich etwas Besseres einfallen lassen, als jeden Monat der Presse über Auftragsnot und schlechte Gewinnlage zu berichten. Es mag überflüssig sein, den Nachweis dafür anzutreten, daß der westdeutsche Schiffbau mit ansehnlichen Gewinnen produziert, denn ohne Profit raucht im Kapitalismus kein Schornstein.

Es ist bekannt, daß der westdeutsche Schiffbau zu den führenden Produzenten auf dem Weltmarkt gehört, ja sogar Großbritannien im letzten Jahr überrundet hat und heute hinter Japan den zweiten Platz in der Weltrangliste einnimmt. So konnte „Lloyds Register of Shipping“ berichten, daß von dem Zuwachs im letzten Jahr von

rund 2 Mill. BRT auf die Bundesrepublik 123 000 BRT entfielen. Auch das wachsende Anlagevermögen der Werften zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Schiffbauindustrie ihre Geschäfts- und Gewinnaussichten recht optimistisch einschätzt.

Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht, in welchem Umfang sich das Anlagevermögen erhöhte. Dabei ist anzumerken, daß diese Steigerung nicht nur durch Kredite, sondern vor allem aus den nicht ausgeschütteten Gewinnen realisiert wurde.

Werft	1964		1965
	in Millionen DM		
Howaldts-Werke, Kiel	109,1	137,4	
AG-Weser, Bremen	68,8	80,4	
Blohm & Voss, Hamburg	61,3	66,3	
Howaldts-Werke, Hmb.	44,8	50,8	
Deutsche Werft, Hamburg	45,7	48,3	
Bremer Vulkan, Bremen	43,2	45,6	

Auch die mittleren Werften, wie die Flensburger Schiffbaugesellschaft, blieben in dieser Entwicklung nicht zurück. So stieg das Anlagevermögen dieser Werft von 11,8 auf 13,1 Millionen DM.

Wie man sieht, ist die Ertragslage im westdeutschen Schiffbau durchaus gewinnträchtig. Ober glaubt jemand, die Werftunternehmer würden Millionen-Summen in einen schrumpfenden Wirtschaftszweig investieren?

Richtig ist die Forderung von Heinz Scholz, daß Bund und Länder dem Schiffbau feste Kreditbürgschaften einräumen sollen. Solche Bürgschaften könnten wesentlichen Einfluß auf die Hereinnahme von Exportaufträgen haben, weil sie den Werften langfristige Kreditlinien nach internationalem Maßstäben ermöglichen. Daneben sind jedoch Subventionen, direkte Hilfen und Abschreibungen nach wie vor abzulehnen, weil diese im Grunde auf eine Rentenzahlung für die Schiffbaugesellschaften hinauslaufen.

Die Werftarbeiter haben, wie die Lage der Schiffbauindustrie beweist, keine Ursache, in diesem Jahr in Lohnfragen kurzzutreten. Lohn- und Gehaltsaufbesserungen sind nicht nur „drin“, sondern auch notwendig, um die Wirtschaft anzukurbeln. Man kann sich in dieser Frage nur der Meinung des Leiters der Abteilung Bildungswesen im Vorstand der IG Metall, Hans Matthöfer, anschließen, der unlängst erklärte: „Wenn die Gewerkschaften in dieser Situation für höhere Löhne und Gehälter kämpfen, so leisten sie damit auch einen bedeutenden Beitrag zur Wiedererlangung und Sicherung der Vollbeschäftigung.“

# Zu lange Arbeitszeit im Bergbau

In 50 Jahren nicht gut vorangekommen

Die Krise gebietet Einführung der 35-Std.-Woche

Feierschichten, Zechenstilllegungen und Entlassungen haben die Frage der Arbeitszeit im Bergbau immer akuter werden lassen. Gegenwärtig gibt es im Ruhrbergbau und im Aachener Revier die „unechte“ 40-Stunden-Woche — unecht deshalb, weil die Bergleute unter Tage zwar eine tarifliche 40-Stunden-Woche haben, aber bis 1966 alle elf bezahlten Feiertage an arbeitsfreien Samstagen nacharbeiten müssten und gegenwärtig noch sechs Nachholshiften verfahren müssen. Daß Feiertage nachgearbeitet werden, ist in der Bundesrepublik ein Sonderfall. Die tatsächliche Arbeitszeit der Bergarbeiter beträgt also nicht 40 Stunden pro Woche, wie tariflich festgelegt, sondern 41 Stunden. Dagegen ist die tarifliche Arbeitszeit in einigen anderen Industriezweigen auf effektiv 40 Wochenstunden verkürzt worden.

Schon vor dem ersten Weltkrieg galt für den Bergbau unter Tage die 8-Stunden-Schicht, als in den übrigen Berufen noch 10—11 Stunden am Tage gearbeitet wurde. Wollte man dieses Verhältnis — Untertagearbeitszeit gleich  $\frac{4}{5}$  der allgemein üblichen Arbeitszeit — wieder herstellen, dann müßte für die Bergleute unter Tage die 32-Stunden-Woche eingeführt werden. Doch die Bergarbeiter sind beiderseitig: Ihre Forderung beschränkt sich auf die 35-Stunden-Woche.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde bei der Verwirklichung des 8-Stunden-Tages von den Bergarbeitern mit Nachdruck die 6-Stunden-Schicht, also die 36-Stunden-Woche, gefordert. Aber wegen der Kohlenknappheit im Inlande und der Kohlen-Reparationslieferungen an die Siegermächte ließen sich die Bergarbeiter zur Zurückstellung ihrer Forderungen bewegen. Sie beharrten jedoch auf der 7-Stunden-Schicht und führten für diese Forderung einen Streik, der über vier Wochen anhielt, ohne sich jedoch voll durchsetzen zu können: Zwar wurde im Tarifvertrag die 7-Stunden-Schicht vereinbart, aber die Bergarbeiter mußten sich verpflichten, täglich eine Überstunde zu leisten, so daß praktisch eine 8-Stunden-Schicht dabei herauskam.

Am 1. April 1939 wurde unter der Nazi-Diktatur die Schichtzeit auf  $8\frac{2}{3}$  Stunden verlängert.

Nach dem Kriege wurde die Schichtzeit wieder auf 8 Stunden reduziert. Aber die alte Forderung der Bergarbeiter nach einer Verkürzung der Arbeitszeit blieb lebendig, wenn sie sich auch jetzt wieder infolge des Kohlemangels nicht gleich verwirklichen ließ. Erst im August 1956 gab der Hauptvorstand der IGBE einen Dreistufenplan zur Verkürzung der Arbeitszeit bekannt, der die einmütige Billigung der Mitglieder fand. Danach sollte in drei Etappen die 7-Stunden-Schicht in einer 5-Tage-Woche für die Untertagearbeiter erreicht werden. Die endgültige Realisierung des Stufenplanes war für Anfang 1961 vorgesehen.

Aber am 11. April 1959 gelang es dem Hauptvorstand der IGBE auf einem außerordentlichen Kongreß, mit einer knappen Mehrheit von nur 12 Stimmen die Verlängerung der Schichtzeit für die Ruhr und das Aachener Gebiet auf 8 Stunden durchzusetzen. Dafür sollte der Samstag frei sein, mit Ausnahme der Samstage, an denen für die bezahlten Feiertage nachgearbeitet wurde. Im wesentlichen wurde die Verlängerung der Schichtzeit mit der Bekämpfung der Krise begründet. Ein halbes Jahr zuvor dagegen hatten die Bergarbeitergewerkschaften der Montanunion auf einer Tagung in Luxemburg ein europäisches Bergarbeiterstatut beschlossen, das auch die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zum Inhalt hatte. Dieses Statut wurde aber erst im August 1959, also nach der Arbeitszeitverlängerung, bekannt.

Im Zusammenhang mit der Kohlekrise wird sowohl von der Regierung als auch von den Konzernvertretern von einer „Anpassung“ geredet. Sie meinen damit die Anpassung der Förderung an den durch die Heizölkonzurrenz geschrumpften Markt. Die Bergleute haben nach dem Zusammenbruch 1945 in mühevoller Arbeit, oft genug mit unzulänglicher Ausrüstung, die Kohle zutage gefördert, als Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Sie stellten damals ihre jahrzehntealte Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit zurück.

Nun ist es inzwischen höchste Zeit, diese Forderung anzumelden. Zugleich wäre dies eine „Anpassung“ der Arbeitszeit an die wirtschaftlichen Erfordernisse. Der Überfluß von Kohle gebietet geradezu, die Arbeitszeit zu verkürzen, selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich, wie in den anderen Berufszweigen. Die Unternehmer „passen“ die Arbeitszeit auch an, aber durch Entlassungen, Stilllegungen und Feierschichten.

Der Hauptvorstand der IGBE fordert nur die Abschaffung der Nachholshiften für die sechs Feiertage, was eine Fördereinsparung von 2,5 bis

3 Mill. Tonnen oder die Erhaltung von zwei Großschachtanlagen bedeuten würde. Weiter geht er leider nicht. Die Verkürzung auf wöchentlich 35 Stunden würde aber alle Feierschichten überflüssig machen und manche zum Sterben verurteilte Schachtanlage erhalten.

Die Forderungen der Bergleute sind nicht unreal. Sie sind ebenso zu verwirklichen wie die 40-Stunden-Woche in anderen Industriezweigen. Die Leistung pro Mann und Schicht ist im Vorjahr im Ruhrgebiet um 8,7 Prozent gestiegen. Der amtliche Index der Aktien des Steinkohlenbergbaus lag 1966 mit 206 (Dez. 1953 = 100) höher als 1957, dem letzten Jahr der Hochkonjunktur für den Bergbau mit 167.

Die Zechen haben erhebliche sogenannte stillen Reserven angesammelt, die erst jetzt, nach den Stilllegungen, zum Vorschein kommen, wie z. B. bei der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch in Gelsenkirchen und der Langenbrahmg AG in Essen. Sie betragen das Zwanzigfache und mehr des Grundkapitals. Dagegen ist der Effektivlohn der Gedingeearbeiter 1966 sogar gesunken, obwohl ab 1. Juni der Tariflohn um 4 Prozent erhöht wurde. Das Sinken des Effektivlohnes, die Feierschichten und die Erhöhung der Lebenshaltungskosten schaffen für die Familien der Bergarbeiter eine gefährliche wirtschaftliche Situation. „Das Ruhrgebiet wird noch schwere Tage erleben“, heißt es im Geleitwort des Funktionär-Organs der IGBE, der Gewerkschaftlichen Rundschau vom April 1967. Das Vorstandsmitglied des bundeseigenen VEBA-Konzerns, Dr. Kemper, sagte auf der Hauptversammlung am 19. April die weitere Entlassung von 120 000 Bergleuten an der Ruhr bis 1970 vor. Ende 1957 war hier noch eine Belegschaft von 489 000 Mann, die bis Ende 1966 auf 270 000 zurückgegangen ist. Ob nach der eventuellen weiteren Entlassung von 120 000 die restlichen 150 000 Bergleute verbleiben werden, kann heute niemand sagen.

Die Erhaltung der Arbeitsplätze ist nicht nur für die betroffenen Bergleute und für die Wirtschaft der Ruhr, Aachens und der Saar von eminentem Interesse, sondern auch aus allgemein-volkswirtschaftlichen Gründen. Die Erhaltung eines Grundstocks der Energieversorgung sichert ein Mindestmaß der Selbstversorgung und damit die, wenn auch relative Unabhängigkeit der Bundesrepublik gegenüber den Welt-Ölkonzernen.

Der Kampf der Kumpel um eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit ist zugleich ein Kampf um die Erhaltung volkswirtschaftlicher Substanz im Interesse einer gesicherten Energieversorgung.

Alfred Stein

# Unzureichender Tarif für Bauarbeiter

## „Vernunft“ auf Kosten der Arbeitnehmer Die Bauwirtschaft macht gleichzeitig gute Profite

Knapp sechs Wochen nach Inkrafttreten des neuen Lohntarifvertrags im Bauhauptgewerbe steht fest: Der zwischen den Unternehmerverbänden und der IG Bau-Steine-Erden (IGBSE) ausgehandelte „Tarifvertrag der Vernunft“ entspricht nicht der Aufwärtsentwicklung in der Bauindustrie und schon gar nicht der Forderung der Bauarbeiter nach einer Absicherung des Realeinkommens.

Während die Bauarbeiter ihre bisher minimalste Lohnerhöhung erhalten, können die Bauunternehmer auf neue Rekordergebnisse verweisen und die Gewinne des Aufschwungs ungeschmälert kassieren. Nach den Angaben des Unternehmerverbandes der Bauindustrie konnte das Bauhauptgewerbe im Gegensatz zu dem rückläufigen Industriegeschäft im Januar 1967 einen Rekordumsatz buchen, der mit 3,07 Milliarden DM das Vorjahresergebnis um 8,6 Prozent übertraf. Dabei war der Vorjahresmonat schon der beste Nachkriegs-Januar im Bau gewesen.

Interessant ist auch die Feststellung der Bauunternehmer, daß eine Arbeitsleistung vollbracht wurde, die das Vorjahresergebnis um 18 Prozent übertraf, obwohl die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe mit 1,36 Millionen Arbeitnehmern um 10 Prozent unter dem Vorjahresstand lag. Mit diesem in der Bauwirtschaft ziemlich einmaligen Produktivitätszuwachs, wie er übrigens kaum in einer anderen Branche erreicht wurde, ist zugleich ein langgehegter Wunsch der Unternehmer in Erfüllung gegangen, nämlich, die Arbeiter mit der Fuchtel der Entlassung und Erwerbslosigkeit zu immer höheren Leistungen anzureiben.

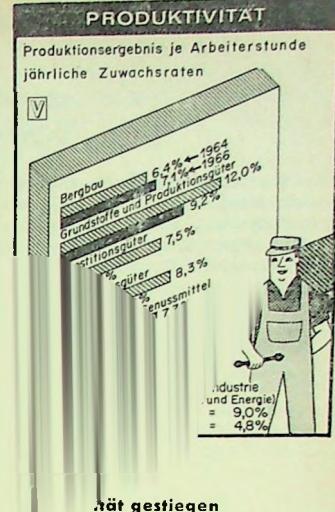
Weitaus weniger günstig sieht die Situation für die Bauarbeiter aus. Obwohl kein Anlaß für eine Tarifbewegung bestand, da die Tarifverträge erst am 30. März 1967 ausließen, meldete die Führung der IGBSE bereits zum Jahresende eine „Lohnerwartung“ von 4,2 Prozent an. Als folgsame Paladine von Bundeswirtschaftsminister Schiller rückten die Männer um den IG-Bau-Vorsitzenden Sperner im Hinblick auf Bonns Politik der „konzentrierten Aktion“ schließlich von ihren Lohnwünschen ab, verzichteten für die Monate April bis Juni auf jede Lohnanhebung und erklärten sich bereit, die bereits vereinbarte Einführung der 40-Stunden-Woche noch einmal um ein Jahr auf April 1969 zu verschieben. Trotz dieses Entgegenkommen der Gewerkschaft wurde keine ausreichende Lohnerhöhung vereinbart. Die Tarifparteien stimmten lediglich einer Regelung zu, die eine Erhöhung der Facharbeiterlöhne um 11 Pfennig ab Juli und weitere 4 Pfennig ab September vorsieht. Bei einer Laufzeit von zwölf Monaten entspricht das neue Abkommen somit einer Lohnerhöhung von sage und schreibe 2,4 Prozent.

Mit dem „Tarifvertrag der Vernunft“ ließ der Vorstand der IGBSE nicht in die wirtschaftliche Entwicklung Bauhauptgewerbe außer acht, sondern entsprach auch den sogenannten „Richtzahlen“ der von Schiller und Strauß verfolgten „konzentrierten Aktion“ für 1967. Danach sollen die Einkommen der Arbeitnehmer bei einer Zunahme des Bruttonsozialproduktes von 4 Prozent um 2,4 Prozent steigen, während sich demgegenüber der nicht entnommene Gewinn der Unternehmer um 22 Prozent erhöhen soll. Eine Konzeption, die man in Bonn „soziale Symmetrie“ nennt und — wie man sieht — ausschließlich den Unternehmerinteressen dient.

Für die Bauarbeiter bringt die neue Lohnanhebung nicht die gewünschte Sicherung des Realeinkommens. Den 2,4 Prozent mehr Lohn steht ein Einkommensverlust durch Preissteigerungen von rund 4 Prozent im letzten Jahr gegenüber. Hinzu kommt, daß auch 1967 mit einem Preisanstieg von mehr als 2 Prozent gerechnet werden muß, der seine Ursache insbesondere in politischen Entscheidungen der Bundesregierung haben wird. Damit reicht die jüngste Tarifanhebung noch nicht aus, um die 1966 eingetretene Minderung des Reallohnes auszugleichen.

Der Verzicht des Vorstandes der IGBSE auf eine ausreichende Lohnanhebung im Bauhauptgewerbe hat die Bauunternehmer auch ermutigt, die lohnpolitische Gangart zu verschärfen. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Tarifverhandlungen für die Fliesenleger in Nordrhein-Westfalen. Die Unternehmer haben nicht nur den Lohntarifvertrag zum 30. April gekündigt, sondern auch einen neuen Vertragsentwurf vorgelegt, der Kürzungen der Akkordsätze in Einzelfällen bis zu 70 Prozent und im Durchschnitt zwischen 30 und 50 Prozent vorsieht. Dieses Vorhaben steht ohne Zweifel einen Generalangriff auf die Fliesenlegerlöhne dar.

Angesichts dieser Entwicklung in der Bauwirtschaft bleibt nur zu hoffen, daß der Vorstand der IGBSE bestimmte Konsequenzen zieht, die letztlich nur in der Erkenntnis bestehen können, daß es für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften einfach unzumutbar ist, gemäß der Bonner Politik der „konzentrierten Aktion“ nur die Noten tragen zu dürfen, während die Unternehmer die erste Geige spielen. -t-



hät gestiegen

den Angaben des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften ist die Produktivität in der westdeutschen Industrie insgesamt — ohne Bau und Energie — im Jahr 1966 um 4,8 Prozent gestiegen. Dabei hat sich in den einzelnen Industriezweigen eine unterschiedliche Steigerung des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde ergeben. Der Bergbau erzielte, trotz Förderrückgang bei der Steinkohle und im Erzbergbau, einen Zuwachs von 7,1 Prozent und die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie erzielte sogar einen höheren Zuwachs als im Jahr zuvor. Gewissermaßen eine Stagnation ergab sich in der Investitionsgüterindustrie und auch die Verbrauchsgüterindustrie sowie Nahrungs- und Genußmittelherstellung liegen unter dem Durchschnitt der Produktivität der gesamten Industrie.

## Akkordfestsetzung reine Ermessenssache

Gegen die Ansicht, es gäbe eine wissenschaftliche Feststellung richtiger Akkordzeiten, hat sich der frühere Staatssekretär im Arbeitsministerium, Prof. Herschel, auf einer Tagung von Arbeitsstudienfachleuten gewandt. Die Akkordfestsetzung sei, so stellte er fest, eine Angelegenheit unternehmerischen Ermessens, obwohl sie nach dem Gesetz nur im Einvernehmen mit dem Betriebsrat vorgenommen werden soll. Selbst wenn man stets das gleiche Verfahren anwende, bliebe für Ermessensentscheidungen doch immer noch so viel Spielraum, daß die ermittelten Werte zwischen Plus/Minus 30 Prozent schwanken könnten. Die menschliche Leistung lasse sich nun einmal nicht in präzisen Zahlen erfassen, da viele Faktoren auf die Entscheidung über Vorgabezeiten einwirken. So hänge es zum Beispiel immer davon ab, zu welchem Zeitpunkt und bei wem die Vorgabezeit gemessen werde.

Diese Erkenntnisse eines weithin bekannten und prominenten Juristen machen deutlich, wie wichtig es ist, daß sich der Betriebsrat jedesmal sofort einschaltet, wenn in einem Betrieb Vorgabezeiten festgelegt werden.

# Pleitegeier in der Bundeskasse

Die Defizitschätzung wird immer höher

Regierung regiert so reaktionär wie eh und je

Wenn wir die öffentlichen Finanzen der Bundesrepublik unter die Lupe nehmen, so kann einem angst und bange werden. Von welcher Seite man auch immer die Dinge betrachtet, kommt man nicht an der Tatsache vorbei, daß die Bundesrepublik gegenwärtig von einer tiefrigenden Finanzkrise erfaßt wird, deren Ende noch keinesfalls abzusehen ist. Finanzkrisen werden aber im Kapitalismus stets auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen.

Die Deckungslücke des Bundeshaushalts hat für die nächsten Jahre gewaltige Ausmaße angenommen. So wird geschätzt, daß bereits 1968 der Fehlbetrag 9 Milliarden DM ausmachen wird; vor fünf Monaten war noch von 6,3 Milliarden die Rede. In den nächsten vier Jahren bis 1971 wird das Defizit rund 40 Milliarden DM betragen. Dabei wird noch optimistisch eine hohe Wachstumsrate des Sozialprodukts unterstellt und verbunden damit der Steuereinnahmen. Dabei unterstützt die gegenwärtige Entwicklung des Sozialprodukts und der Steuereinnahmen diese Schätzungen keineswegs.

Das Steueraufkommen blieb in den letzten Monaten nicht unbeträchtlich hinter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis zurück. Es war im Monat März 1967 um 4,1 Prozent geringer als im März 1966. Während aber die Arbeiter und Angestellten um 6,5 Prozent mehr Lohnsteuer aufbringen mußten, zahlten die Unternehmer an Einkommens- und Körperschaftsteuern 3,9 Prozent bzw. 15,2 Prozent weniger. Zweifellos hat die gegenwärtig rückläufige Wirtschaftslage einen Einfluß auf die Staatsfinanzen. Es wäre jedoch nicht richtig, allein in der Abschwächung der Konjunktur die Ursache der Finanzkrise zu sehen. Diese deutete sich bereits an, als in unserem Land noch Hochkonjunktur herrschte. Bereits damals waren die Anforderungen der Regierung an das Sozialprodukt vor allem durch verstärkte Rüstungsausgaben und die Kosten des kalten Krieges so hoch, daß dadurch die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik zusehends ausgehöhlt und geschwächt und zugleich die inflationistische Tendenz verstärkt wurde.

Wer also ernsthaft die Finanzkrise beheben will, muß radikal der gegenwärtigen Politik den Rücken kehren, er muß eine Politik der Abrüstung betreiben und garantieren, daß das wirtschaftliche Wachstum beschleunigt wird.

Aber die Politik, die von der Regierung der Großen Koalition zur Zeit verfolgt wird, zielt in eine ganz andere Richtung. Sie beabsichtigt keineswegs, die Rüstungskosten zu senken und den Konsum der breiten Masse

anzuregen. Im Gegenteil: Ihre Maßnahmen laufen vor allem darauf hinaus, die Unternehmereinkommen, das heißt die Profite, steuerlich zu entlasten und die Masse der Arbeitnehmer durch neue und höhere Steuern zu belasten. Während also die Steuern, die von den Unternehmen aufgebracht werden, sinken, steigt nicht nur die Lohnsteuer, sondern steigen zugleich auch die Massensteuern, vor allem die Umsatz- und Verbrauchssteuern. Es sei hier nur noch einmal an die Herabsetzung der Kilometergeldpauschale und die Erhöhung der Steuer für Mineralöl, Tabak, Zigaretten, Branntwein, Kaffee, Umsatzausgleich und Schaumwein sowie die Erhöhung der Zölle erinnert, die Ende vergangenen Jahres beschlossen wurde und deren Gesamtbetrag auf das Jahr umgerechnet 1,1 Milliarden DM beträgt. „Einsparungen“ erfolgten vor allem im sozialen Bereich. Allein die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung wurden um nicht weniger als 300 Millionen DM gekürzt.

Der Eventualhaushalt in Höhe von 2,5 Milliarden DM, der das Wachstum

anregen soll, wird, da er nicht aus echten Finanzquellen gespeist wird, die finanziellen Schwierigkeiten in den nächsten Jahren vergrößern. Dann nämlich, wenn die kurz- und mittelfristigen Schulden zurückgezahlt werden müssen.

Die Zeitung METALL hatte am 7. 2. 1967 festgestellt, daß bei einer Durchforstung des Rüstungshaushalts 5 bis 7 Milliarden Mark eingespart werden können. Eine weitere Möglichkeit, die finanzielle Lage der Bundesrepublik zu stabilisieren, besteht darin, das Großkapital stärker zu besteuern und aus seinen gewaltigen, immer noch steigenden Profiten die notwendigen Investitionen vor allem im Infrastrukturbereich zu finanzieren, um damit zugleich neue Wachstumsimpulse auszulösen.

In ihrer Ausgabe vom 18. 4. 1967 veröffentlichte die Zeitung METALL eine „Orientierungshilfe“ für die Minister Strauß und Schiller, welche man nur unterstreichen kann. Es heißt dort:

„Wenn man Geld für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben braucht — für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Straßen, für eine Verbesserung des Gesundheitswesens —, so plant man, es zu beschaffen, indem man durch alle möglichen Kneife die sowieso jämmerlichen Renten verringert. Warum hat man nicht den Mut, das zu tun, was METALL vom ersten Augenblick an gefordert hat, als uns die damals noch als Staatsgeheimnis gehüttete Pleite in der Bundeskasse bekannt wurde: Besteuer die Reichen!“

Dr. Tu.

## Zuspitzung um West-Berliner Chemielöhne

Die Weigerung der Westberliner Arbeitgeber der chemischen Industrie, ebenso wie in der Bundesrepublik die Tariflöhne um 3,8 Prozent anzuheben, ist für sie zu einem Bumerang geworden. Die 12 000 Arbeitnehmer der chemischen Industrie in West-Berlin verlangen jetzt nicht mehr nur 3,8 Prozent, sondern die volle Angleichung ihrer Löhne an das Niveau ihrer Kollegen in der Bundesrepublik. Sie werden dabei vom Westberliner DGB und allen dort vertretenen 14 DGB-Gewerkschaften unterstützt. Diese Forderung spielte auch bereits auf der Mai-Kundgebung eine Rolle.

Die Unternehmer hatten im März die Schlichtungsverhandlungen für gescheitert erklärt und verlangt, daß die Lohnerhöhung in West-Berlin niedriger ausfallen soll als in der Bundesrepublik. Bekanntlich ist das Lohn- und Gehaltsniveau für Arbeitnehmer in West-Berlin aus politischen Grün-

den — um das Produzieren in Berlin für Unternehmer besonders lukrativ zu machen — niedriger als anderswo. Im vergangenen Jahr lagen im Jahresdurchschnitt die Westberliner Löhne und Gehälter zwischen 1650,12 bis 3297,60 DM unter denen in der Bundesrepublik.

Seit Ende März besteht in der chemischen Industrie West-Berlins der tariflose Zustand. Der dortige DGB-Vorsitzende Sickert sagte zu der reaktionären Haltung der Unternehmer: „Es ist an der Zeit, sich zu überlegen, ob man ungestraft in dieser Stadt zu sehen kann, wie sich von Jahr zu Jahr die einmal getroffenen Löhne gegenüber denen im Bundesgebiet wieder vermindern.“ Wie festgestellt wurde, verlassen von den angeworbenen Arbeitskräften immer mehr wegen der schlechten Bezahlung die Stadt. Im vergangenen Jahr gaben 52 Prozent von ihnen den im Vergleich zur Bundesrepublik geringeren Verdienst als Grund für die Rückwanderung an.

# Keine Vollbeschäftigung in Sicht

## Arbeitslosigkeit wird zu einem Dauerzustand Regulierung über kürzere Arbeitszeit ist notwendig

Zwar ist die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in der Bundesrepublik weiter zurückgegangen. Von Mitte März bis Mitte April verringerte sie sich um 87 580 auf 535 520. Das entspricht aber immer noch einer Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent, und gegenüber dem Stand des Vorjahres ist sogar eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um mehr als 40 000 zu verzeichnen. Berücksichtigt man, daß außerdem mehr als 300 000 ausländische Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz in der Bundesrepublik verloren haben, in ihre Heimatländer zurückgekehrt und deshalb in unserer Arbeitslosenstatistik nicht erscheinen, so ergibt das insgesamt einen Verlust von mehr als 700 000 Arbeitsplätzen.

Wie die IG Metall feststellte, ist auch die Zahl der gemeldeten Kurzarbeiter von dem im Februar erreichten Höchststand von 343 700 auf 277 000 im März zurückgegangen, und für April wurde mit einem weiteren Rückgang auf etwa 200 000 gerechnet. Auch dabei ist zu berücksichtigen, daß mit dieser Zahl nur die kurzarbeitenden Arbeitnehmer erfaßt werden, für die bei den Arbeitsämtern Kurarbeiterunterstützung beantragt wurde. Die tatsächliche Zahl der Kurzarbeiter dürfte beträchtlich höher liegen.

Daß im Frühjahr die Beschäftigtenzahl zu- und damit die Zahl der Arbeitslosen abnimmt, ist saisonal bedingt. Von einem grundlegenden Konjunkturschwung zeugt deshalb die bisherige Entwicklung auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt nicht. Bei rund dreiviertel Million Arbeitslosen und Kurzarbeitern kann von Vollbeschäftigung nicht gesprochen werden. Und offensichtlich ist auch nicht damit zu rechnen, daß diese im Grundsatzprogramm des DGB als erstes Ziel der Wirtschaftspolitik genannte Aufgabe mit der von Strauß und Schiller in trauter Gemeinsamkeit praktizierten Finanz- und Wirtschaftspolitik überhaupt je gelöst wird. Selbst der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Sabel, schätzt, daß auch in den Sommermonaten noch 300 000 bis 400 000 Arbeitnehmer arbeitslos bleiben werden.

Allein in Nordrhein-Westfalen, dem von der Krise am schwersten betroffenen Bundesland, ist die rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit unausweichlich, wenn durch den Fortgang des Zechensterbens und der Rationalisierung in der Stahlindustrie weitere Tausende von Berg- und Stahlarbeitern „freigesetzt“ werden. Erklärungen von Politikern und „Experten“, eine Arbeitslosigkeit von 2,5 Prozent sei nicht „beunruhigend“, nützen den von Arbeitslosigkeit und Kurarbeit Betroffenen gar nichts. Für den, der davon betroffen ist und vielleicht schon seit Monaten eine fühlbare Einkommensminderung hinnehmen muß, ist die Lage deprimierend.

Auch die nach dem 1. April erfolgte Aufbesserung des Arbeitslosengeldes

hat die Einkommensminderung, die der Arbeitslose ohne sein Verschulden hinnehmen muß, nicht wesentlich gemildert. So erhält z. B. ein lediger Arbeitsloser, der in der Woche netto 81,65 DM verdiente, 51 DM Arbeitslosengeld, also pro Woche immer noch 30 DM, weniger. Verdiente er netto 183,19 DM, beträgt sein Arbeitslosengeld 114,60 DM: Das ist ein Einkommensverlust von rund 70 DM. Bei einem Verheiraten sieht es so aus: bekam er einen Wochenlohn von netto 88,75 DM, erhält er jetzt als Arbeitsloser 70,80 DM — rund 18 DM weniger. Verdiente er 196,58 netto, beträgt sein Arbeitslosengeld 138,60 DM; der wöchentliche Einkommensverlust beträgt damit fast 60 DM. Und dabei werden auch für den Arbeitslosen die Lebenshaltungskosten nicht etwa geringer — sie steigen vielmehr unaufhörlich.

Seit Jahren haben die Gewerkschaften vor der Gefahr einer Strukturkrise in der Wirtschaft gewarnt und gefordert, frühzeitig entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die Arbeitsplätze der Lohn- und Gehaltsempfänger zu sichern. In dem Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB sind die Vorstellungen der Gewerkschaften zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die im Verlauf der technischen Revolution auftreten werden, klar und deutlich ausgesprochen: Nur mit den Mitteln einer modernen Finanz- und Wirtschaftspolitik, bei voller Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, sind die Aufgaben zu meistern. Was vordringlich getan werden muß, ist eine rasche Hebung der Massenkaufkraft durch Preissenkungen und Lohnerhöhungen, um den Konsum zu steigern und eine optimale Nutzung der Produktionskapazitäten zu ermöglichen, ferner eine Verkürzung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich und die Herabsetzung des Rentenalters.

Statt den Unternehmern einen Steuernachlaß als Investitionsanreiz zu schenken, der den Staatshaushalt mehr als 5 Milliarden DM kosten soll, müßte die Bundesregierung den Ländern und Gemeinden Mittel zur Verfügung stellen für die dringend notwendigen Sozialinvestitionen, für Schulen, Kran-

kenhäuser und Straßen. Gewiß ist das nur möglich auf Kosten der sinnlosen und gefährlichen Rüstung, der Ausgaben für die Notstandsgesetze und der trotz Krise und Arbeitslosigkeit maßlosen Profite der Industrie- und Bankenmonopole.

Stärker als je zuvor, so hieß es im Mai-Aufruf 1957 des DGB, gelten die Forderungen des Aktionsprogramms nach gesicherten Arbeitsplätzen, wachsender sozialer Sicherheit und Schutz der Rentner vor den Sparmaßnahmen der Bundesregierung. Das schließt aber die Verpflichtung der Gewerkschaften zur stärkeren Aktivität im Kampf um die Realisierung des DGB-Aktionsprogramms gegen den Widerstand der Unternehmerverbände und der mit ihnen verbundenen Kräfte in der Bundesregierung ein. — pp

## DRK und Wohlfahrtsverbände von Kürzungen betroffen

Sowohl das Deutsche Rote Kreuz als auch die Wohlfahrtsverbände sind von Kürzungen der staatlichen Zuwendungen betroffen, ohne die sie ihre sozialen Aufgaben nicht erfüllen können. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände hat sich deshalb mit einem Appell an die kommunalen Spitzenverbände und an die Stadt- und Landkreise gewandt und mit Nachdruck auf die durch diese Kürzungen entstehenden ernsten Folgen hingewiesen. Jede kurzfristige Zuschußsperrre bringe die Führung von Kindertagesstätten, Altersheimen und Krankenhäusern in arge Bedrängnis, wird in dem Appell festgestellt.

Die Plätze in Kindertagesstätten, Altersheimen und Krankenhäusern reichen ohnehin nicht aus. Doch hätte sich die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in ihrem Appell an die Bundesregierung wenden sollen mit der Aufforderung, durch die längst fällige Finanzreform den Gemeinden und Kreisen einen höheren Steueranteil zu geben und zu diesem Zweck die Ausgaben des Bundes für die Rüstung drastisch zu kürzen.

## DDR führender Handelspartner der UdSSR

Der Handel der Sowjetunion mit den sozialistischen Staaten wird in diesem Jahr gegenüber 1966 um mindestens neun Prozent ansteigen. Der sowjetische Außenhandelsminister, Patolitschew, erklärte in diesem Zusammenhang, die DDR werde nach wie vor ihre führende Stellung als Handelspartner der Sowjetunion behalten. Optimistisch äußerte sich der Minister über die Entwicklung des Handels der Sowjetunion mit Japan.

# SED festigte ihre Position

## Erfolgsbilanz und harte Tatsachen auf dem VII. Parteitag

### Bereitschaft zu normalen Beziehungen zwischen beiden Staaten

Nie zuvor hat ein Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Bundesrepublik so viel Aufmerksamkeit gefunden wie dieser VII., der vom 17. bis 22. April 1967 in Ost-Berlin stattfand. Nicht zuletzt hatten die Bundesregierung mit ihrer Erklärung zum Parteitag und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihrem Brief an die Delegierten dazu beigetragen, das Interesse bei uns anzuziehen. Die SED hatte zuvor zu erkennen gegeben, daß ihr Parteitag wichtige Fragen im politischen und gesamten gesellschaftlichen Bereich erörtern und entscheiden werde. Nach diesen Entscheidungen ist manches klarer geworden in Deutschland, und es dürfte unseren Politikern in Bonn schwerer geworden sein, weiterhin die Illusion zu verbreiten, es könne mit der gegenwärtigen Politik irgendwann und irgendwie einmal eine Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten oder gar eine Wiedervereinigung geben.

Es war gar nicht so sehr die große Politik, die auf dem Ostberliner Parteitag im Vordergrund stand; vielmehr ging es über weite Strecken um die praktischen Fragen der Entwicklung und Leitung der Volkswirtschaft, um die Perspektive der Sozialpolitik, der Bildung und Berufsausbildung und der kulturellen Entfaltung. Es ging, wie der anspruchsvolle Titel des Referats von Walter Ulbricht, dem 1. Sekretär der SED, sagte, um „Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus“.

Zugegeben: Eine solche Thematik hat etwas Aufregendes, Spannendes, zumal noch auf deutschem Boden. Es mag manchem Beobachter auf den Presserängen in der Werner-Seelenbinder-Halle, Kollegen aus der Bundesrepublik und dem übrigen westlichen Ausland, ähnlich ergangen sein wie dem Verfasser dieser Zeilen: Selbst aus einer Wirklichkeit kommand, die von Arbeitslosen und Kurzarbeiterziffern, Betriebsschließungen, allgemeiner wirtschaftlicher Stagnation, von sinkenden Reallohnen, sozialer Unsicherheit und verzweifelten Bemühungen des Staates, die Wirtschaft zu beleben, gekennzeichnet ist, erscheinen die selbstsicheren Reden der SED von der Perspektive bis 1980 mit der Angabe von Etappenzielen bis 1970 und 1975 in bezug auf die Steigerung der Produktion und des Nationaleinkommens, die Bekanntgabe sozialer Verbesserungen, Arbeitszeitverkürzungen, Rentenerhöhungen usw. wie Klänge aus einer anderen Welt.

Und so ist es auch: Die DDR ist eine völlig andere Welt geworden, von jener der Bundesrepublik grundverschieden. Beide lassen sich nicht mehr ohne weiteres wieder zusammenfügen. Aber nicht nur aus der Verschiedenheit der gesellschaftlichen Realitäten, die einander ausschließen, leitet sich die Unmöglichkeit ihrer Vereinigung ab; vom Standpunkt der Arbeiterschaft muß man sogar die Frage aufwerfen, ob sie an einer Zusammenfügung beider Teile überhaupt interessiert sein kann, wenn diese unter

stimmt: Eine Rückkehr zu privatkapitalistischen Eigentumsformen in Industrie und Landwirtschaft wird es nicht geben; der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung wird mit Entschiedenheit und sehr selbstbewußt zurückgewiesen.

Die Sozialistische Einheitspartei hat auf ihrem Parteitag, anknüpfend an den Brief der SPD und die Regierungserklärung Kiesingers, ihre „Vorschläge für ein friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten“ erneuert. Nach Auffassung der SED ist es, daß die staatliche Vereinigung der beiden ungleichen Teile gegenwärtig undenkbar sei, die Aufgabe der Tagespolitik, „normale und damit vernünftige Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, zwischen ihren Regierungen, gegenseitige Anerkennung und volle Gleichberechtigung“ herbeizuführen.

Ulbricht empfahl zu diesem Zweck der Bundesregierung, über folgende Fragen zu sprechen und vertragliche Vereinbarungen zu erzielen: Aufnahme normaler Beziehungen zueinander; Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung; Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa; Reduzierung der Rüstungsausgaben; „Verzicht auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen in jeglicher Form“ und Normalisierung der Beziehungen bzw. Herstellung solcher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und den übrigen Ländern Europas.

Überrascht hat im Westen vor allem die entgegenkommende Antwort Ulbrichts auf die „Erklärung der Bundesregierung zur Erleichterung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland“, die den Delegierten, zusammen mit dem Brief der SPD, im Wortlaut vorlag. Während man anscheinend eine Zurückweisung der darin enthaltenen Vorschläge erwartet hatte (weshalb sie vermutlich überhaupt gemacht wurden), reagierte Ulbricht mit folgender, vom Parteitag mit Beifall quittierter und später beschlußmäßig untermauerter Feststellung: „Wir schlagen ... vor, daß der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundeskanzler der westdeutschen Bundesrepublik — von Delegationen unterstützt und mit gehörigen Vollmachten versehen — an einem noch zu vereinbarenden Ort zusammenentreffen, um über diese ersten Schritte auf dem Wege zu einer Verständigung der beiden deutschen Staaten zu verhandeln und die entsprechenden Verträge abzuschließen. Dann werden wir auch über alle anderen Fragen sprechen können, die von den Regierungen der beiden deutschen Staaten auf den Verhandlungstisch gelegt werden.“

Im Grunde ist diese Haltung der SED gar nicht neu. Die Bereitschaft, auf

Regierungsebene über alle zwischen der DDR und der Bundesrepublik anstehenden Fragen zu sprechen, ist so alt wie die beiden deutschen Staaten selbst. Diese Verhandlungsbereitschaft zeichnet Ost-Berlin aus, nicht Bonn. So hatte die Bundesregierung gewiß nicht und ebensowenig die Sozialdemokratische Partei im Sinn, tatsächlich über die selbst unterbreiteten Vorschläge mit der SED oder der DDR-Regierung zu sprechen. Von der DDR wird ganz einfach erwartet, daß sie sich den Forderungen Bonns fügt, daß sie die Bedingung akzeptiert, Bonner Wünsche gesprächslos zu realisieren oder aber — im übertragenen Sinne — mit „Verhandlungen“ auf Pförtner- und Putzfrauenebene zufrieden zu sein.

Wer eine solche Politik betreibt und einen derart anmaßenden Standpunkt bezieht, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht ernsthaft auch nur die geringste menschliche Erleichterung oder gar politische Entspannung in Deutschland zu wollen. Und zu diesem Bild paßt denn ja auch die gesamte übrige Politik: das Streben nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen, die Hintertreibung der internationalen Entspannung durch einen Atomwaffen-sperrvertrag, die Forderung nach Grenzrevisionen in Osteuropa, die Vorbereitung des Volkes auf den „Ernstfall“ mittels der Notstandsgesetze usw.

Es dürfte spätestens seit dem VII. Parteitag der SED klargeworden sein, daß sich Ost-Berlin niemals bereit finden wird, eine solche Politik der Bundesregierung zu honorieren. Wie die Erklärungen maßgebender Repräsentanten der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens erkennen ließen, wird es in dieser Frage von seinen Nachbarn und Verbündeten vorbehaltlos unterstützt; das gilt insbesondere auch für Rumänien, in dessen Namen Delegationsleiter Chivu Stoica „die militaristischen, neonazistischen und re-vanchistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland“ angriff, die Bonner Gebietsforderungen zurückwies und die Realität zweier deutscher Staaten, von der jede Politik auszugehen habe, betonte.

Wer also in Bonn zur Entspannung in Deutschland und Europa beitragen will, wird das Steuer der Politik um 180 Grad herumwerfen und endlich die Gegebenheiten, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, anerkennen müssen. Mit Gerede vom „geregelten Nebeneinander“ in Deutschland und von „neuer Ostpolitik“, ohne praktische Schritte und ohne entsprechende Taten, wird es nicht weitergehen. Hier wird die große politische Verantwortung der Gewerkschaften erkennbar, deren Aufgabe darin besteht, kraftvoll mitzuhelpen, den Wandel zur Realpolitik zu erwirken. Wer jedoch wünscht, daß die Versteinerung im Verhältnis zwischen beiden deutschen

Soeben erschienen:

## Mitbestimmung drüber

### Aus der Betriebsarbeit des Gewerkschafters in der DDR

Gerd Siebert schildert minutös Probleme und Methoden betrieblicher Gewerkschaftsarbeit in der DDR. Der Autor hat sich mehrere Wochen in volkseigenen Betrieben gründlich umgesehen. Objektiv wird der Alltag des Gewerkschafters drüber dargestellt. Was bei uns bislang fehlt — nämlich sachliche Informationen über die tatsächliche Gewerkschaftsarbeit in der DDR —, aus „Mitbestimmung drüber“ kann man sie entnehmen.

Ein Sachbuch für jeden Interessierten, insbesondere Gewerkschafter, mit vielen Details aus der betrieblichen Praxis der DDR-Gewerkschaften.

„Mitbestimmung drüber“, Taschenbuchformat, 120 Seiten, 12 Bildseiten, 4,20 DM. — Zu beziehen durch: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Staaten bestehen bleibt, braucht nur so weiterzumachen wie bisher. Das ist auf dem Sektor der Deutschlandpolitik das wesentlichste Ergebnis des Parteitages der SED.

Die meiste Zeit nahmen sich Referenten und Diskussionsredner für die Erörterung des weiteren Ausbaus von Wirtschaft und Sozialwesen. Es wurde viel prognostische Arbeit geleistet. Ausgehend von den Prognosen für die wissenschaftlich-technische Entwicklung, beschäftigte sich die SED bis in alle Einzelheiten mit der planerischen Vorausschau für die notwendigen Maßnahmen in den Bereichen des Schulwesens, der Berufsausbildung und Weiterbildung, der Leitung von Wirtschaft und Betrieben usw. So geht man z. B. davon aus, daß für den Zeitraum bis 1975/80 in der Wirtschaft die Mechanisierung und Automatisierung vieler Prozesse der Produktion, die elektronische Datenverarbeitung, eine zunehmende Anwendung der Chemie und die Nutzung der Atomenergie eine immer größere Rolle spielen werden.

Da diese Entwicklung erhebliche Auswirkungen auf den Produktionsprozeß, die Beschäftigtenstruktur, auf die Arbeiter und Angestellten, ja auf alle Bereiche der Gesellschaft haben wird, befaßte sich der Parteitag schon jetzt mit allen möglichen Varianten einer Steuerung dieser Prozesse in einem Sinne, daß daraus der einzelne und die Gesellschaft gleichermaßen ihren Nutzen ziehen können, soziale Unsicherheiten ausgeschaltet werden und das Wirtschaften immer effektiver wird. Rationalisierung, Automatisierung, berufliche Qualifizierung und höherer Lebensstandard — das waren die Formeln, die gewissermaßen den „roten Faden“ des ökonomischen Teils der Beratungen bildeten.

Es herrschte eine Atmosphäre bemerkenswerter Sachlichkeit und Sachkenntnis. Von hochfliegendem Pathos, bom-

bastischen Zahlen und dergleichen war nichts zu spüren. Was an perspektivischen Maßnahmen und Daten angekündigt wurde, hatte Hand und Fuß, war realistisch. Man gab sich selbstsicher und zuversichtlich, wissend, daß die praktizierte Planwirtschaft kontinuierlichen Fortschritt garantiert, Jahr für Jahr, ohne Stagnation oder gar Abwärtstrend.

Ministerpräsident Willi Stoph nannte in seinem Referat die wirtschaftliche Perspektive bis 1970:

- Steigerung der Industrieproduktion gegenüber 1965 um 37 bis 40 Prozent, also um etwa 7,5 Prozent im Jahresdurchschnitt;
- Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung um 20 bis 25 Prozent;
- Anstieg der Investitionen um 48 bis 52 Prozent;
- Anwachsen des Nationaleinkommens um 28 bis 32 Prozent, ebenfalls gegenüber 1965;
- Erhöhung des Angebots an Industriewaren um 28 bis 30 Prozent;
- Anwachsen des Realeinkommens je Kopf der Bevölkerung um 19 bis 21 Prozent.

Solche Zahlen zeugen von einer beachtlichen Konsolidierung und wirtschaftlichen Stabilität der DDR. Offensichtlich liegt es — dieser Vergleich drängt sich dem Beobachter unwillkürlich auf — am System, wenn gleichzeitig in Deutschland in dem einen Teil die Wirtschaft stagniert und die Reallöhne sinken, während sie in dem anderen vom Aufwärtstrend gekennzeichnet sind. Das hat mit „Schicksal“ nichts mehr zu tun, wenn in der Bundesrepublik die Arbeitskräfte zu Hunderttausenden auf der Straße liegen, während sie in der DDR benötigt werden.

Gewiß ist es kein Zufall, wenn diese negativen Erscheinungen und die da-

# Machtstrukturen des Kapitalismus

Gelungene Tagung der „Marxistischen Blätter“  
Wissenschaftler aus zehn Ländern diskutierten

mit verbundene soziale Unsicherheit und Existenzangst gerade dort auftreten, wo die Arbeitnehmer in der Wirtschaft nichts zu sagen haben, wo die Demokratie vor dem Fabriktor endet; in der Bundesrepublik. Und es ist folgerichtig, daß die soziale Sicherheit gerade dort zu Hause ist, wo die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in den sozialisierten Betrieben den Ton angeben: in der DDR. Über diese Dinge nadizudenken, hat nicht zuletzt der SED-Parteitag Anlaß gegeben.

Wenn man von dieser Seite des Parteitages spricht, und man kann sie nicht übersehen oder gar ignorieren wollen, weil sie nicht in das politische Klischee paßt, dann muß noch von einer Anzahl sozialer Verbesserungen die Rede sein, die in diesem Zusammenhang von der SED für die nahe Zukunft angeregt wurden: die Erhöhung der Mindestlöhne von 220 Mark auf 300 Mark im Monat noch in diesem Jahr; die Verlängerung des gesetzlichen Mindesturlaubs von 12 auf 15 Tage, wobei schon jetzt 65 Prozent der Arbeitnehmer 18 Tage und mehr Urlaub bekommen; die durchgehende Einführung der 5-Tage-Woche (ausgenommen bleiben das Erziehungs- und Gesundheitswesen) ab September 1967, bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit auf 43% bzw. 42 Stunden; Erhöhung der Mindestrenten von 129 auf 150 Mark im Laufe des Jahres 1968; die Berechnung der Rente nach dem Arbeitseinkommen der letzten 20 Jahre ab 1968; bei Frauen die Anrechnung zusätzlicher Arbeitsjahre für die Geburt und Erziehung der Kinder; die Erhöhung des Kindergeldes für das 4. Kind von 40 auf 60 und für das 5. und jedes weitere von 45 auf 70 Mark monatlich.

In der DDR stellen Parteitage der SED gesellschaftspolitische Höhepunkte dar, verbunden mit einer Rechenschaftslegung der Partei über die bisherigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfolge. Sie geben zugleich die Perspektive für die nächsten Jahre. Auf diese Weise wird eindrucksvoll demonstriert, was das werktätige Volk zu leisten vermag, wird jedem nachdrücklich ins Bewußtsein gerufen, daß die Arbeiterklassen der Kapitalisten nicht bedarf, um Staat und Wirtschaft mit Erfolg zu leiten.

Der VII. Parteitag der SED zog für die DDR eine Bilanz der Erfolge, formulierte den Katalog der neuen Aufgabenstellung in allen Bereichen der Gesellschaft und Politik. Die Position der SED ist gefestigter denn je. Jeder neue materielle und politische Erfolg schlägt in Form zunehmenden Vertrauens der Bevölkerung zur Partei zu Buch, ob man das bei uns in der Bundesrepublik wahrhaben will oder nicht. Die Bundesregierung sollte das in ihrem Verhalten berücksichtigen und den Traum von einem „Überspielen“ der SED oder die Hoffnung auf deren „Abwirtschaften“ zugunsten einer realistischen Verständigungspolitik endgültig fahren lassen. Gerd Siebert

„Eine Orientierung der Arbeiterklasse auf die Krise wäre eine Wegerorientierung von den möglichen Alternativen.“ Das ist eine der wesentlichen Erkenntnisse einer wissenschaftlichen Tagung über „Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus“, die von der Redaktion der „Marxistischen Blätter“ Anfang April in Frankfurt/Main veranstaltet wurde. Mehr als 400 Gewerkschaftsfunktionäre, Wirtschaftswissenschaftler und Studenten nahmen an dieser interessanten Tagung teil — mit einem auffallend hohen Anteil junger Menschen.

Die Konferenz hatte internationalen Charakter. Von den zahlreichen ausländischen Gästen waren die bekanntesten Prof. Maurice Dobb, Cambridge, Frau Prof. Chmelnizkaja, Prof. Sidorow und Dr. Jeschow von der Akademie der Wissenschaften in der UdSSR sowie namhafte Wissenschaftler aus der Schweiz, Belgien, Ungarn, Frankreich, Österreich und Dänemark. Die DDR war an der Tagung mit Prof. Hess, Dr. Hemberger und Dr. Schwank beteiligt.

Die Reihe der Vorträge eröffnete der Wirtschaftspublizist Dr. Heinz Schäfer aus Darmstadt mit einem Referat über das Thema: „Staatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik und Alternativen der Arbeiterbewegung.“ Nach der Feststellung, die gegenwärtige krisenhafte Entwicklung in der Bundesrepublik gebe den Marxisten recht, führte er aus, daß die verfehlte Politik der Bundesregierungen seit Adenauer Ursache der gegenwärtigen Situation sei. „Großmachtstreben, Weltrüsten, der Drang nach Atomwaffen und die Praktizierung der Hallstein-Doktrin entzogen dem wirtschaftlichen Kreislauf gewaltige Summen für einen durch und durch parasitären Konsum, während zugleich riesige Versäumnisse im Bereich der Infrastruktur und in der Bildung vorhanden sind. Aber die neue Bundesregierung macht keine andere Politik als ihre Vorgänger. Aufgabe müßte es sein, die Auswirkungen der Krise auf die arbeitende Bevölkerung zu mildern und vor allem die Vollbeschäftigung und den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu sichern, die erforderlichen Strukturveränderungen planmäßig zu gestalten und Schluß zu machen mit der wahnwitzigen Rüstungspolitik.“

Der Referent beschäftigte sich dann ausführlich mit dem Bestreben der Unternehmer, die für sie günstige Situation auszunützen, um mit Hilfe der Bundesregierung den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer anzugreifen. Er bezeichnete es als ein Novum in der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik, daß sich in den Jahren 1966/67 die Reallöhne verschlechtert hätten. Der Politik Schillers, die darin bestehe, die Gewerkschaften in der Lohnfrage zu einer Stillhaltepolitik zu bewegen, stellte er die Tat-

sache entgegen, daß, wenn in den letzten Jahren auch bei einer rückläufigen Wachstumsrate dennoch keine absoluten Produktionsrückgänge eingetreten seien, sich dies nicht zuletzt auf die Tatsache zurückführen ließe, daß es den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften auch in diesen Abschwungsphasen gelungen sei, Lohn erhöhungen durchzusetzen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte sich Dr. Schäfer den Leitungsmechanismen der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft zu und sagte: „Die Entwicklung der Produktivkräfte erfordert die gesellschaftliche Leitung des Produktionsprozesses, sie steht im eklatanten Widerspruch zur privatkapitalistischen Unternehmensführung. Dazu kommt, daß im Ergebnis des Konzentrationsprozesses die Trennung zwischen dem Eigentum am Produktionsmittel und der Verfügungsgewalt über diese immer größer wird. Die Kapitaleigentümer werden überflüssig. Im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß üben sie keine sinnvolle Funktion mehr aus, aber sie haben nach wie vor die Macht. Gesellschaftliche Leitung bedeutet aber Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften; das erfordert überbetriebliche Mitbestimmung, demokratische Planung und öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht ... Ohne Planung ist es einfach nicht mehr möglich, eine so eng verflochtene Wirtschaft wie die unseres Landes zu leiten.“

Nach einer ausführlichen Darstellung, wie diese neuartigen Leitungsmethoden funktionieren sollen, folgte Dr. Schäfer, daß eine Wirtschaftspolitik, die den Interessen des Volkes gerecht werden wolle, die Macht des Großkapitals einschränken müsse. Dazu gehöre, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu demokratisieren und die entspannungfeindlichen Macht-Eliten zu entmachten. Wörtlich sagte er:

„Dazu benötigt die Arbeiterschaft eine eigene Wirtschaftspolitik. Das DGB-Grundsatzprogramm bietet für diese eine ausgezeichnete Grundlage. Worauf es ankommt, ist, dieses Programm nicht als Zielprojektion zu be-

trachten, sondern als eine Anleitung für das tägliche Handeln.“

Zur Durchsetzung dieser Politik, so führte Dr. Schäfer weiter aus, sei ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften, eine konsequente Haltung des DGB und ein einheitliches Auftreten notwendig. Zudem habe die SPD auf die Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung verzichtet, was die politische Rolle der Gewerkschaften noch notwendiger macht. Dr. Schäfer schloß seinen ausgezeichneten Vortrag: „Wichtig ist, daß die Arbeiterschaft bekannt gemacht wird mit dem Wesen, den Machtstrukturen des Kapitalismus und den notwendigen demokratischen Lösungen. Denn heute ist es richtig, wie vor hundert Jahren, daß die Idee zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift.“

Den zweiten Vortrag hielt Prof. Dobb, Cambridge, der sich mit den Faktoren des wirtschaftlichen Wachstums be-

Die Verflechtung von Staat und Wirtschaft im Spätkapitalismus und die Rolle des Staates bei der Lösung von Widersprüchen war das Thema des Referates des stellvertretenden Direktors im Institut für Wirtschaftswissenschaften Berlin, Prof. Dr. Hess. Der Wissenschaftler aus der DDR entwickelte in einem außerordentlich fundierten und sachlichen Beitrag die Tendenzen im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Seine Ausführungen fanden das besondere Interesse der Zuhörer, weil seine Thesen Antworten auf Fragen enthielten, vor die die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik gerade in jüngster Zeit gestellt worden sind. Er wies unter anderem nach, daß der dem Kapitalismus eigene Mechanismus nicht mehr funktioniere; das System entwickelte sich nicht mehr auf seinen eigenen Grundlagen und nach seiner eigenen Logik, vielmehr müsse es wesensfremde Elemente hereinneh-

schaft und das Leben der Menschheit aufs Spiel setzt. Die vom Kapital geschaffene Zwangsjacke für den wirklichen Reichtum muß und wird daher mit historischer Notwendigkeit gesprengt werden.“

Die Diskussion, an der sich 34 Redner beteiligten, war außerordentlich rege und von beachtlichem Niveau. Sie zeigte, daß auch in der Bundesrepublik die Kräfte vorhanden sind, die der Arbeiterbewegung eine notwendige theoretische Grundlage verschaffen können. Trotz der in der Bundesrepublik üblichen Diskriminierung ist der Marxismus nicht „am Ende“. Dafür war die Tatsache ein Beweis, daß sich das Diskussionsniveau drei Tage lang auf einer so beachtlichen Höhe halten konnte.

Gewiß hätte sich mancher einen härteren Meinungsstreit gewünscht und vor allem eine stärkere Herausbearbeitung des gewerkschaftlichen Standortes. Aber alles in allem war die Tagung ein voller Erfolg, nicht zuletzt wegen der guten Beteiligung ausländischer Wissenschaftler und der hervorragenden Qualität der Diskussionen. Die Absicht der Veranstalter, im nächsten Jahr eine weitere wissenschaftliche Tagung über Probleme des Marxismus durchzuführen, ist nur zu begrüßen. Zweckmäßig wäre es dann aber, durch Bildung von Arbeitskreisen eine noch ausführlichere Diskussion zu ermöglichen, um die zum Teil sehr akademisch abgehandelten Probleme auch für den Betriebsfunktionär verständlicher zu machen.

### „Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“

Beiträge zur Diskussion um Bewegungsformen und Perspektive der kapitalistischen Gesellschaft.

Herausgegeben von Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlangen 3/9.

88 Seiten, 3,00 DM.

schäftigte. Gerade die Wachstums-theorien und Wachstumsmodelle widerspiegeln den Wettbewerb zwischen den beiden Weltsystemen und die Probleme der Entwicklung in der sogenannten dritten Welt. Wörtlich sagte er: „Die letzten drei bis vier Jahrzehnte haben genügend Beweise erbracht, daß eine planende, sozialistische Wirtschaft im Vergleich zur kapitalistischen eine Wachstumswirtschaft par excellence ist.“

In der spätkapitalistischen Wirtschaft sei der Krisenzyklus nicht verschwunden, aber die Krisen seien im Vergleich zum klassischen Kapitalismus kurzlebiger und flacher. Der sozialistische Sektor sei zum bestimmenden Element der Nachkriegsepoke geworden, und dies habe zur objektiven Stärkung der Stellung der Arbeiterklasse im System der gesellschaftlichen Beziehungen des Spätkapitalismus geführt, auch wenn sich dies nicht immer im politischen Handeln widerspiele. Man müsse sich daran erinnern, daß die Entwicklung des Monopolkapitals zwar eine zunehmende Zentralisierung der Leitung des Wirtschaftslebens darstelle, jedoch auch eine Verschärfung und Überspitzung der dem System innenwohnenden Widersprüche mit sich bringt, was der Stabilität des kapitalistischen Systems schweren Schaden zufügen kann. Dabei warnte Prof. Dobb vor einer Unterschätzung der Rolle der Arbeiterklasse.

men, die die Auflösung des Kapitalismus ankündigten. „Der Staat, das politische Machtinstrument der herrschenden Klasse, muß notwendig mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mittel der staatlichen Gewalt in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, um von dieser Höhe die Bedingungen der Profitproduktion und das weitere Funktionieren des längst für seine Ablösung reifen kapitalistischen Systems zu sichern.“

Welche Politik der Staat betreibe, sei durch seinen Klassencharakter bestimmt, „aber nicht in dem Sinne objektiv bedingt, daß es nur eine Richtung, nur eine Möglichkeit des Reagierens auf die gesellschaftlichen Anforderungen gebe. Die Tätigkeit des Staates ist so zu einem Feld der Klassenauseinandersetzungen, des Ausstragens von gesellschaftlichen Konflikten verschiedenster Art, auch von divergierenden Interessen verschiedener Monopolgruppierungen selbst geworden.“

Der gegenwärtige Kapitalismus trage Übergangscharakter, da er nur durch politische Mittel erhalten und durch politische Aktionen überwunden werden könne. „Es geht nicht allein darum, daß die arbeitenden Menschen die Differenz erkennen zwischen dem, was der Kapitalismus ihnen bietet und dem, was heute möglich ist. Es geht vor allem darum, daß dieses System immer mehr die Existenz der Gesell-

Am Abend des ersten Tages wurde ein von mehr als 500 Personen besuchtes Internationales Forum über die Probleme der Arbeitslosigkeit durchgeführt. Als Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise wurde von den Forumsteilnehmern empfohlen: Hebung der Massenkaufkraft durch Lohn erhöhungen und Rentensteigerungen, Abbau des Rüstungshaushaltes und stärkere Besteuerung der Gewinne und großen Vermögen, um Mittel für einen Konjunkturanzug zu bekommen.

H. S.

### Verminderung der Arbeitsplätze in der Montanindustrie

Die Hohe Behörde in Luxemburg rechnet damit, daß in der Zeit von 1967 bis 1970 110 000 Bergarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren werden, darunter 60 000 bis 80 000 in der Bundesrepublik, 25 000 in Belgien und je 2500 in Frankreich und in den Niederlanden. Weiterhin schätzen die Fachleute bei der Hohen Behörde der Montanindustrie, daß im Eisenerzbergbau etwa 15 000 Arbeitnehmer entlassen werden. Die gleiche Tendenz zeigt sich auch in der Stahlindustrie. Hier wird eine Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze um 50 000 erwartet.

In diesen Tagen hat der 5. Senat des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel ein bemerkenswertes Urteil verkündet: Arbeitnehmern, die während eines Kalenderjahres krank sind, kann ein Teil der Gratifikation einbehalten werden. Dem Unternehmer steht es also ohne weiteres zu, Belegschaftsmitgliedern das Weihnachtsgeld oder ähnliche „freiwillige Zulagen“ zu kürzen, wenn sie krank gewesen sind. Damit werden dann die Gesundgebliebenen für ihr treues Aushalten bis zum Jahresende mit einer vollwertigen Gratifikation belohnt.

Die Tatsache, daß gerade ein Arbeitnehmer durch seine Krankheit in schwierige wirtschaftliche Not geraten kann und darum auf zusätzliche Hilfe angewiesen ist, zeigt den unsozialen Grundzug dieses Urteils. Es unterstützt die von den Unternehmern bewußt verbreitete Legende, daß sich die Arbeitnehmer krank schreiben lassen, um sich ein paar zusätzliche Urlaubstage zu verschaffen. Das Urteil paßt darum genau in die massiven Bestrebungen der Arbeitgeber, eine übersteigerte Atmosphäre der sozialen Unsicherheit zu schaffen, um aus den Arbeitnehmern das Letzte an Leistungsvermögen und Profit herauszuholen.

Tatsächlich hat das sich von Jahr zu Jahr steigernde Arbeitstempo in den Betrieben den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer in einer gefährlichen Weise untergraben. Das ist nicht zuletzt an der besorgniserregenden Frühinvalidität und der anwachsenden Unfallhäufigkeit abzulesen. Nur in unzulänglicher Weise wird in der Bundesrepublik die Arbeitsmedizin gefördert und die Gefahren, die vom Arbeitsplatz für die Gesundheit ausgehen, bleiben im weitesten Sinne unbeachtet.

Darüber hinaus wird durch dieses Urteil der Arbeitnehmer in der Industrie gegenüber anderen Gruppen, besonders im Dienstleistungsgewerbe, diskriminiert. Während in der Industrie die Gratifikationen noch immer als sogenannte freiwillige Leistungen betrachtet werden, die ohne Rechtsanspruch geblieben sind — es sei denn, es war den Gewerkschaften hier und da möglich, die Gratifikation im Tarifvertrag zu verankern —, ist das 13. und oft sogar das 14. Monatsgehalt, z. B. bei Banken und Versicherungen, schon seit langem Teil des Arbeitsvertrages.

Was aber dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel geradezu skandalös macht, ist folgendes: Das Urteil beruht auf einer Klage von vier Textilarbeiterinnen gegen ihren Arbeitgeber, weil er von den Arbeitnehmerinnen zustehenden Weihnachtsgratifikation „wegen Krankheit“ 30 DM einbehalten hatte. Die Arbeitnehmerinnen hatten alle vier die gleiche „Krankheit“, sie schenkten nämlich einem Kind das Leben.

E. B.

## Kampf um eine demokratische Wirtschaftsplanung als wichtige Aufgabe der Gewerkschaften

Der Wettbewerb zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus stellt in aller Schärfe die Frage nach dem effektiveren gesellschaftlichen System. Er verlangt darum in den kapitalistischen Ländern gezielterisch eine Programmierung der Wirtschaft, um tiefgehende Wirtschaftskrisen zu vermeiden, eine Steigerung des industriellen Wachstumstemos und einen rationelleren und zielbewußteren Einsatz der Investitions- und Forschungstätigkeit. Die technische Revolution und die mit ihr verbundenen Entwicklungen machen die ökonomische Programmierung nicht nur objektiv notwendig, sie schaffen erst die erforderlichen Voraussetzungen dafür.

Das ergibt sich vor allem aus den Veränderungen, die sich mit der wachsenden Konzentration innerhalb des kapitalistischen Eigentums vollziehen und dazu führen, daß sich die Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsmittel in den Händen einer immer kleineren Gruppe von Industrie- und Bankenmonopolen zusammenballt, die ihrerseits eng mit dem Staatsapparat verbunden sind. Die Überschaubarkeit der Wirtschaftsabläufe durch den monopolkapitalistischen Staat wird dabei immer schwieriger, was nicht zuletzt auch auf die enormen Fortschritte in der Technik der Informationsverarbeitung zurückzuführen ist.

Im Unterschied zu anderen kapitalistischen Ländern Europas wurde die Programmierung von den in der Bundesrepublik herrschenden Kräften noch bis vor wenigen Jahren als Dirigismus entschieden abgelehnt. Infolge einer Reihe besonders günstiger zeitweilig wirkender Umstände, wie große Arbeitskräfteersparnisse, niedriges Ausgangsniveau der Löhne, hohe Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes infolge des hohen Nachholebedarfes, geringere Belastung der Wirtschaft mit Rüstungsaufwendungen, um die wichtigsten in den Nachkriegsjahren wirkenden Faktoren aufzuzählen, konnte die Wirtschaft der Bundesrepublik lange Jahre schneller wachsen als die derjenigen Länder, die eine ökonomische Programmierung praktizierten, aber ungünstigere Voraussetzungen vorfanden.

Wegen des schnellen Wachstumstemos glaubten Bundesregierung und die Wirtschafts- und Bankenmanager, ihre ökonomischen und politischen Ziele ohne eine umfassende Programmierung und Planung erreichen zu können. Demgegenüber hatten die Gewerkschaften schon 1949 in ihrem ersten Grundsatzprogramm die Forderung nach einer volkswirtschaftlichen Planung mit dem Verlangen nach Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrie in Gemeineigentum und nach wirksamer Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verbunden.

In letzter Zeit vollzieht sich in der Bundesrepublik in bezug auf die Einstellung zur Programmierung ein Wandel. Das bestätigt die Tatsache, daß man auf die Dauer durch die Entwicklung der Produktivkräfte diktierter objektive ökonomische Erfordernisse nicht ignorieren kann. Die Hinwendung zu ökonomischen Programmierungsmaßnahmen muß aber vor allem aus den zunehmenden ökonomischen und politischen Schwierigkeiten erklärt werden, denen sich die Bundesregierung und die Wirtschaft in der Bundesrepublik gegenübersehen. Diese Schwierigkeiten sind im wesentlichen die Folge des Widerspruchs zwischen der aggressiven Außenpolitik und dem Kräftepotential der westdeutschen Wirtschaft. Dadurch aber, daß in der Bundesrepublik alle Maßnahmen wirtschaftlicher Programmierung und Planung auf die expansiven politischen Ziele ausgerichtet sind, tragen sie von Beginn an besonders reaktionäre Züge.

Das machen die bisherigen Teilmassnahmen der Bundesregierung auf diesem Gebiet bereits deutlich. Als eine solche Teilmassnahme müssen zweifellos die seit 1963 veröffentlichten jährlichen Wirtschaftsberichte angesehen werden. Sie stellen eine Zusammenfassung der wesentlichen volkswirtschaftlichen Entwicklungslinien und der von der Regierung als notwendig angesehenen Ziele dar. Nicht zuletzt besteht der Kern der Wirtschaftsberichte in einer Begründung der gegen die Arbeitnehmer gerichteten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Im Bericht für 1966 verlangte beispielsweise der Sachverständigenrat die auch von dem Wirtschaftsminister Schiller hartnäckig vertretenen Lohnleitlinien, um die Lohnpolitik der Gewerkschaften an die kurze Leine zu nehmen.

Bezeichnend für den Charakter der Programmierungsversuche in der Bundesrepublik ist die Tatsache, daß sie auf den Gebleten am weitesten fortgeschritten sind, die direkt mit rüstungspolitischen Gesichtspunkten im Zusammenhang stehen. So wurde ein erster Fünf-Jahres-Plan für den weiteren Ausbau der Bundeswehr ausgearbeitet, der den ökonomischen Fra-

gen — angefangen von der Planung des Rüstungshaushaltes bis zur langfristigen Planung einzelner Entwicklungs- und Produktionsprojekte — außerordentliche Aufmerksamkeit widmet. Auch auf dem Gebiet der atomaren Forschung und Entwicklung, auf dem die friedliche und militärische Nutzung eng miteinander verbunden sind, existiert ein mittelfristiges Programm, das von Anfang 1963 bis Ende 1967 reicht. Ein weiterer Schwerpunkt der Programmierungsversuche ist die sogenannte Regional- oder Raumordnungsplanung, bei der ebenfalls militärische Gesichtspunkte, vor allem hinsichtlich der Logistik, eine Rolle spielen.

Unter dem Stichwort der Globalsteuerung wird gegenwärtig Kurs auf eine umfassendere Programmierung genommen, und zwar sowohl in bezug auf die Schaffung eines Gutachtergremiums, das eine Vorausschau der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für vier bis sechs Jahre entwickeln soll, als auch auf eine mittelfristige Finanzplanung. Für einige Wirtschaftszweige, wie das Verkehrs- und Bildungswesen, die wissenschaftliche Forschertätigkeit und die Energiewirtschaft, sollen langfristige Programme erarbeitet werden.

Nun gibt es keinen Zweifel, daß die hiesige Programmierung allein dem Zweck dienen soll, die privatkapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erhalten und zu festigen. Sie ist allein vom Klasseninteresse der großkapitalistischen Schichten bestimmt, unter Ausschaltung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften von jeder wirksamen Einflußnahme. Sie entspricht darum keineswegs den gewerkschaftlichen Vorstellungen, die von einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgehen, auf deren Grundlage ein volkswirtschaftlicher Rahmenplan entwickelt werden soll, der die Hauptrichtung der ökonomischen Entwicklung absteckt und die sich daraus ergebenden Aufgaben entsprechend den objektiven Notwendigkeiten nach Schwerpunkten ordnet. Die Gewerkschaften erwarten von diesem volkswirtschaftlichen Rahmenplan verbindliche Orientierungsdaten für die staatlichen Institutionen und öffentlichen Betriebe und ein zweckbestimmtes System finanzieller Hebel, um die privaten Unternehmen zu veranlassen, ihre Tätigkeit nach den Schwerpunkten des Planes auszurichten.

Eine demokratische Wirtschaftsplanung nach den Forderungen der Gewerkschaften unterscheidet sich von der staatsmonopolistischen Programmierung jedoch weniger durch ihre Form als vor allem durch ihren sozialen Inhalt und die demokratischen Methoden der Entwicklung und Kontrolle der Pläne. Sie soll sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren und auf folgende Ziele gerichtet sein:

1. Sicherung der Vollbeschäftigung, eines raschen Wirtschaftswachstums und der Stabilität von Preis und Währung;

2. Nutzung der aus der technischen Umwälzung erwachsenden Möglichkeiten zur Entfaltung der Produktivität der Arbeit und die Lösung der damit verbundenen Probleme im Interesse der arbeitenden Menschen;

3. ständige Verbesserung des Lebensstandards der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Rentner und Pensionäre und eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens;

4. Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung, des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesens und des Wohnungsbau;

5. die Förderung der objektiv notwendigen Entwicklung zu landwirtschaftlichen Großbetrieben durch großzügige Unterstützung von Genossenschaften der Bauern;

6. die Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen im Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbereich.

Eine demokratische Wirtschaftsplanung ist ohne die Teilnahme der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei der Aufstellung und Kontrolle undenkbar. Die Verwirklichung der überbetrieblichen, auf die Gesamtwirtschaft ausgeweiteten Mitbestimmung, die den Arbeitnehmern einen maßgeblichen Einfluß in Gutachtergremien, Kontroll- und Planungsorganen sowie bei der Bundesbank sichert, ist eine unerlässliche Voraussetzung. Als Organe der demokratischen Planung sollten dabei nach gewerkschaftlichen Vorstellungen ein Bundeswirtschaftsrat und regionale Wirtschaftsräte installiert werden.

Das öffentliche Eigentum ist ein wichtiges Fundament für die Wirksamkeit demokratischer Planwirtschaft. Durch die Überführung volkswirtschaftlich entscheidender Wirtschaftsabschnitte in Gemeineigentum können die durch das Privateigentum an Produktionsmitteln bedingten Schranken für eine umfassende Wirtschaftsplanung abgebaut werden. Die Haushalte der öffentlichen Hand sind die Grundlage für die staatliche und kommunale Investitionstätigkeit und die finanzielle Stimulation der Wirtschaft, entsprechend der bei der Wirtschaftsplanung entwickelten Prioritäten. Durch den dramatischen Abbau der Rüstungsausgaben und eine stärkere Besteuerung der Unternehmergewinne und großen Vermögen könnten der öffentlichen Hand zusätzliche Mittel für Sozialinvestitionen erschlossen werden.

Die Realisierung der gewerkschaftlichen Forderungen in bezug auf eine demokratische Planwirtschaft und die Überführung volkswirtschaftlich wichtiger Industrien in Gemeineigentum ist eine der großen Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften.

## Ist Politik nur Männerache?

Das Allensbacher Institut für Demoskopie hat in einer Umfrage festgestellt, wie weit sich die Frauen in der Bundesrepublik für die Politik interessieren. Obwohl die Frauen in Deutschland seit fast 50 Jahren das aktive und passive Wahlrecht besitzen, betrachten auch heute noch mehr als zwei Fünftel der männlichen Bevölkerung die Frauen als politisch nicht gleichberechtigt, während 42 Prozent ihnen politische Mündigkeit zubilligen. 14 Prozent der Männer haben keine Meinung zu dieser Frage.

Aber nach den Feststellungen des Institutes sind immerhin auch 32 Prozent der Frauen bereit, die Politik als ein Vorteil der Männer anzuerkennen, und nur wenig über die Hälfte, nämlich 51 Prozent, erhebt Anspruch auf politische Gleichberechtigung. 17 Prozent der Frauen konnten sich nicht entscheiden.

Interessant ist, daß es auch nach Gebieten und Berufen unterschiedliche Aussagen bei den Frauen gab. So waren 56 Prozent der norddeutschen Frauen politisch interessiert, aber nur 53 Prozent ihrer bayerischen Geschlechtsgenossinnen. Hinsichtlich der beruflichen Stellung der Frau stellte das Institut folgende Zahlen fest: 67 Prozent aller Frauen, die eine politische Gleichberechtigung verlangen, hatten höhere Schulbildung; Frauen aus Angestellten- und Beamtenkreisen sprachen sich mit jeweils 63 Prozent für den Gleichberechtigungsanspruch aus, während 43 Prozent aller Frauen ab 60 Jahre und 47 Prozent der Frauen aus der Landwirtschaft die Politik als eine reine Männerache ansahen.

## Weniger Gewerkschaftsmitglieder

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hat sich im vergangenen Jahr geringfügig vermindert. Sie ist um 37 000 auf 6 537 160 zurückgegangen. Während bei den Angestellten ein Zuwachs von 25 958 verzeichnet werden konnte — bei den Beamten betrug der Zuwachs 9449 — sank die Mitgliederzahl der Arbeiter um 72 738. Dadurch ging der Prozentsatz der Arbeiter im DGB von 78,4 auf 77,8 Prozent zurück, während sich der Prozentsatz der Angestellten von 12,7 auf 13,2 und der der Beamten von 8,9 auf 9 erhöhte.

Der Rückgang der Mitgliederzahlen ergab sich fast ausschließlich in den von der Strukturkrise und den Konjunkturschwankungen besonders betroffenen Wirtschaftszweigen. Ferner ist der Rückgang der Mitgliederzahl zum Teil auf die in den DGB-Gewerkschaften organisierten Gastarbeiter zurückzuführen, die infolge der Wirtschaftskrise in ihre Heimatländer abgewandert sind.

# Viele Gefahren für Rentenversicherung

## Immer neue Attacken gegen die Rentenversicherung

### Soziale Reaktion hält ihre Stunde für gekommen

Seit 1957 mit der Rentenreform, entgegen der Absicht der Bundesregierung, unter dem Druck der Gewerkschaften und Rentnerverbände die jährliche dynamische Anpassung der Sozialrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt wurde, ist das Leistungsrecht der Rentenversicherung immer wieder den Angriffen der sozialreaktionären Kräfte in unserem Lande ausgesetzt. Zu den Organisationen, die schon 1957 in Übereinstimmung mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und der Sprecher der Unternehmerinteressen in den Bundestagsaktionen der CDU/CSU und FDP den baldigen finanziellen Ruin der Rentenversicherung infolge der dynamischen Rentenanpassung prophezeiten, gehörte auch der Bund der Steuerzahler, in dem bekanntlich nicht die Lohnsteuerzahler, sondern die großen Banken und Industriekonzerne tonangebend sind.

Die Krise der Wirtschaft und der Staatsfinanzen und der Eintritt der SPD-Minister in die Große Koalition läßt den Bund der Steuerzahler offensichtlich die Situation als günstig zu einem neuen massiven Angriff auf die „dynamische Rente“ erscheinen. In einer „Der Rentenberg vor uns“ betitelten Schrift des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler wird unverblümmt gefordert, den mit der Rentenreform — wenn auch von vielen unbemerkt — begonnenen Weg der Einschränkung und Aushöhlung des Solidaritätsprinzips in der Sozialversicherung forzusetzen und zu vollenden. Die gesetzliche Rentenversicherung soll, so heißt es in der Schrift, völlig auf das Versicherungsprinzip überführt werden und die Zahlung von Bundeszuschüssen zur Rentenversicherung vollständig, wenn auch nicht auf einmal, eingestellt werden. Die Rentenversicherung soll dann künftig nur noch eine „soziale Grundsicherung“ gewähren und im übrigen Arbeiter und Angestellte ermuntern, für Alter, Invalidität und Tod eigene Vorsorge zu treffen.

Das Institut des Bundes der Steuerzahler weist in seiner Schrift ausdrücklich auf die „breite parlamentarische Basis“ der gegenwärtigen Koalition hin, die nach seiner Ansicht wohl am besten dazu geeignet ist, nicht nur mit den Notstandsgesetzen den demokratischen, sondern zugleich auch den im Grundgesetz als Verfassungsauftrag proklamierten sozialen Rechtsstaat zu demonstrieren. Dabei geht es nicht nur um die Rentenversicherung. Vielmehr wird auch die Beamtenversorgung und die ihr angegliederte Zusatzversorgung der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes in die Betrachtungen mit einbezogen.

Der Bund der Steuerzahler steht mit diesem gezielten Angriff auf das soziale Recht durchaus nicht allein, sondern befindet sich in völliger Übereinstimmung mit den übrigen Unternehmerverbänden und den maßgeblichen Bundespolitikern der CDU/CSU. Die gleiche sozialreaktionäre Zielsetzung wurde bereits in der Denkschrift der

Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zu Problemen der Sozialpolitik im April 1956 formuliert, wie auch in den CDU-Thesen zur „Formierten Gesellschaft“. Hier wird in der 9. These gefordert: „In einer ‚Formierten Gesellschaft‘ soll der einzelne Mensch seine private Initiative gerade auch in der Selbstversorgung für die Wechselfälle des menschlichen Lebens wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit im Alter (Invalidität) usw. entfalten.“ Und in der These 61 des CDU/CSU-Wirtschaftstages 1965 wurde

als Ziel festgelegt: „Auf lange Sicht sollte angestrebt werden, daß sich die Rentenversicherung immer mehr selbst tragen kann.“

Diese sozialreaktionäre Zielsetzung der Unternehmerorganisationen und der CDU/CSU steht im Gegensatz zu den in den sozialpolitischen Grundsätzen des DGB-Grundsatzprogramms festgelegten Forderungen für eine fortschrittliche Weiterentwicklung der sozialen Rentenversicherung. Der DGB fordert in seinem Grundsatzprogramm für Alter, Erwerbsunfähigkeit und Hinterbliebene eine soziale Grundsicherung (Mindestrente), die ausschließlich vom Staat zu finanzieren ist und auf die sich eine aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzierte individuelle Beitragsrente aufbaut.

Diese Angriffe des Bundes der Steuerzahler, der Unternehmerverbände und der CDU/CSU dürfen von den Gewerkschaften nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Dafür gibt es zahlreiche Beweise, nicht zuletzt die rücksichtslose Demontage des sozialen Mietrechtes. Die Gewerkschaften haben allen Grund, sich mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch zur Wehr zu setzen, der den von der Arbeiterschaft erkämpften sozialen Besitzstand in der Bundesrepublik anstasten will.

Bö.

## Defizit der Rentenversicherung

Nach den jüngsten Berechnungen des Verbandes der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten wird für das Jahr 1967 mit einem Defizit von 1,9 Milliarden DM gerechnet. Um rund 460 Millionen DM hat der Bund seine Zuschüsse zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten gekürzt und 1,25 Milliarden DM der danach noch verbleibenden Bundeszuschüsse ebenfalls nicht ausgeschüttet, sondern hierfür die Versicherungsanstalten zwangsweise mit Schuldchifforderungen des Bundes abgespeist. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Kürzungen der Effektivverdiene führen darüber hinaus zu weiterem Einnahmeausfall bei der Rentenversicherung.

In einem Brief, den der DGB-Bundesvorstand an die Bundesminister Schiller, Strauß und Katzer richtete, wird für das Jahr 1968 das voraussichtliche Defizit der Rentenversicherung sogar mit 3 Milliarden DM beziffert. In dem Brief wird zugleich darauf hingewiesen, daß die zunehmende „Alterslast“ der Rentenversicherung auf politische Entscheidungen zurückzuführen ist und deshalb ihre finanziellen Auswirkungen durch höhere Bundeszuschüsse ausgeglichen werden müßten.

Unverständlich ist es, wenn in diesem Zusammenhang der stellvertretende DGB-Vorsitzende und Leiter der Sozialabteilung beim DGB, Hermann Beermann, in einem Presse-Interview erklärte, bei Aufrechterhaltung der Bundeszuschüsse würde sich der DGB mit einer Beitragserhöhung der Rentenversicherung um 1 Prozent einverstanden erklären. Eine solche Konzes-

sionsbereitschaft muß zwangsläufig die sozialreaktionären Kräfte der CDU/CSU ermuntern und Verwirrung bei den Arbeitern, Angestellten und Rentnern hervorrufen. Der 7. DGB-Bundeskongreß hat in dem Antrag E 104 sehr klar gefordert: „Der Zuschuß des Bundes an die Rentenversicherung, der z. Z. nur noch rd. 18 Prozent der Gesamtausgaben beträgt, ist künftig auf 33,3 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben festzusetzen.“ Wird diese Forderung verwirklicht, dann gibt es auch in den nächsten Jahren kein Defizit in der Rentenversicherung.

Zu Recht hat der SPD-Bundestagsabgeordnete, Mitglied des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik, Arthur Killat, im Oktober vergangenen Jahres in einem Interview gesagt: „So lange Mittel der Rentenversicherung zweckentfremdet abgeschöpft werden, sind Beitragserhöhungen überhaupt

## Vertrauensverlust für Labour-Party

Bei den Graftschaftsratswahlen in Großbritannien hat die regierende Labour-Party Mitte April mit der Einbuße von 389 Sitzen eine empfindliche Niederlage erlitten. In London hat die Labour-Party die absolute Mehrheit, die sie viele Jahre innehatte, verloren.

In Großbritannien ist nach diesem Wahlergebnis eine große Debatte um

die Ursachen für die Labour-Niederlage entbrannt, die besonders von der Konservativen Partei begrüßt wird, da sie sich für die nächsten Parlamentswahlen bereits Chancen ausrednet. Wenn man die britische Presse verfolgt, so ist die zunehmende Ablehnung gegenüber der Partei Wilsons zur Hauptsache auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen der Regierung zurückzuführen.

Im Juli 1966 hatte die Labour-Regierung, gegen den heftigen Protest der Gewerkschaften, angehlich, um die Stabilität des Pfundes zu retten und größere Arbeitslosigkeit zu vermeiden, einen rigorosen Lohnstopp verfügt. Lohnherhöhungen, die von den Unternehmern freiwillig geboten wurden oder die noch vereinbart worden waren, ließ die Regierung durch Gerichtsbeschuß und unter Androhung von Strafe gegen die Unternehmer unterbinden. Auf dem Papier der Regierungsverordnung stand auch etwas von gleichzeitigem Preisstopp. Aber in dieser Richtung entwickelte das Kabinett Wilson keine Energie.

Seit den Juli-Maßnahmen ist die Beschäftigungsrate eher schlechter als besser geworden; die Dividenden von 200 Unternehmen sind gestiegen, und fast 2000 Preiserhöhungen wurden allein bei Lebensmitteln registriert. Ebenso stiegen die Mieten spürbar weiter. Aber die Löhne wurden mit eiserner Faust „stabil“ gehalten. Die Forderungen der Arbeitnehmer, gleichzeitig auch die Unternehmergewinne, Preise und Mieten zu stabilisieren, wie es in diesem britischen Gegenstück einer „konzertierten Aktion“ versprochen worden war, stießen jedoch bei der Regierung auf taube Ohren.

Nun hat die Labour-Party vom Wähler ihren ersten empfindlichen Denkzettel erhalten. Die Parallelen zu den Bemühungen der sozialdemokratischen Koalitionsminister in Bonn, es unter allen Umständen den Unternehmern — auf Kosten der Arbeiter und Angestellten — recht zu tun, drängen sich auf. Auch hat die SPD, bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein und vorher schon in West-Berlin, ihre ersten Denkzettel in Form von Stimmverlusten bekommen. Wird man dennoch so weitermachen wollen?

## Kampf für garantiierten Jahreslohn

Einige wichtige US-amerikanische Gewerkschaften haben sich das Ziel gesetzt, als unmittelbare tarifpolitische Aufgabe den garantiierten Jahreslohn anzustreben. Dabei geht es um die vertragliche Fixierung eines Jahresmindestverdienstes für die einzelnen Berufsgruppen, der nicht unterschritten werden darf. Die Gewerkschaften wollen auf diese Weise den Unsicherheitsfaktor für die Arbeitnehmer, der von Kurzarbeit, plötzlicher Entlassung,

Lohndrückerei usw. ausgeht, so niedrig wie möglich halten und die Beschäftigten in die Lage versetzen, ihre Lebensbedürfnisse, Anschaffungen und dergleichen für einen längeren Zeitraum planen zu können.

Die Gewerkschaft der Gummiarbeiter hat diese Forderung bereits auf die Tagesordnung der bevorstehenden Tarifgespräche gesetzt. Auch die zweitgrößte Gewerkschaft der USA, die der Automobilarbeiter, wird den garantiierten Jahreslohn im Sommer, wenn die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag beginnen, zum Kernpunkt ihrer Forderungen machen. Die Automobilarbeitergewerkschaft, die vor einigen Wochen aus dem Dachverband AFL/CIO ausgetreten ist, scheint sogar entschlossen, diese Forderung mit einem Streik durchzusetzen. Es wird erwartet, daß auch die Gewerkschaft der Stahlarbeiter im nächsten Jahr ein garantierter Jahresmindesteinkommen anstreben wird.

Die Gewerkschaften argumentieren, die Unternehmer müßten die Löhne künftig als Gemeinkosten betrachten, die anfallen, ob produziert wird oder nicht. Bisher waren sie variable Kosten, die sich nach Bedarf und zu Lasten der Einkommen von Arbeiterfamilien auch senken ließen. Damit soll nunmehr Schluß gemacht werden.

## Mehr Kohle in USA und UdSSR

Seit Beginn des Steinkohlenabbaus bis zum ersten Weltkrieg hatten Deutschland und Europa die größten Förderkapazitäten. Im letzten Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges wurden in den europäischen Abbaugebieten rund 580 Mio. t Steinkohle gefördert. In Nord- und Mittelamerika dagegen waren es knapp 530 Mio. und im zaristischen Rußland lediglich 29,9 Mio. t. Noch zu Beginn des zweiten Weltkrieges hatte sich die Rangordnung nicht geändert.

Heute sieht es so aus: Hinter den USA ist die UdSSR der größte Welt-Kohleproduzent. Beide Förderländer haben erst jüngst wieder erkennen lassen, daß sie ihre Kohlegewinnung erheblich steigern wollen. In der Sowjetunion soll die Förderung um 100 Mio. Tonnen jährlich steigen. Angestrebt wird eine jährliche Förderleistung von 670 Mio. t bis zum Jahre 1970/71. Die USA planen ihresreits eine Produktionserhöhung der Steinkohlenzechen auf etwa 900 Mio. t bis 1980. Das bedeutet rund eine Verdoppelung der gegenwärtigen Förderzahlen. Von insgesamt auf der Welt vermuteten Steinkohlevorräten entfallen etwa 1700 Mrd. t auf Amerika, 1000 Mrd. t auf die Sowjetunion, nur knapp 350 Mrd. t auf das übrige Europa und 550 Mrd. t auf Asien.

Durch den Eintritt der SPD-Minister in das CDU/CSU-Kabinett hat sich an diesem Sachverhalt nicht das geringste geändert. Es fehlen zur Zeit infolge des Krieges rund 3 Millionen Beitragszahler, und Millionen Renten müssen schon seit Jahrzehnten vorzeitig an Erwerbsunfähige und vor allem Witwen und Waisen gezahlt werden. Von diesen Ursachen des „Rentenberges“ aber ist bei den immer massiver werdenden Angriffen auf die Sozialversicherung nicht die Rede.

Zweimal in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat der Staat das Vermögen der deutschen Sozialversicherung durch Rüstung und Krieg verpulvert. Allein 8 Milliarden DM verlor die westdeutsche Rentenversicherung bei der Währungsreform 1948. Wie Dieter Schewe, Ministerialrat im Bundesarbeitsministerium, nachgewiesen hat, hätte sich dieses Vermögen bis 1966 mit Zins und Zinseszins fast verdreifacht. Das Vermögen der Rentenversicherung würde damit heute mehr als 50 Milliarden DM betragen; denn immerhin wurden bis Ende 1966 wieder 27,5 Milliarden DM Rücklagen gebildet, die aber zu einem beträchtlichen Teil wieder der Staat für seine Rüstungspolitik in Anspruch genommen hat.

Nach dem Grundgesetz ist der Staat verpflichtet, alle Kriegsfolgelasten zu tragen. Die Gewerkschaften sollten die letzten sein, die ihn aus dieser Verantwortung entlassen. Die Zuschüsse des Bundes zur Rentenversicherung können ohne Steuererhöhung für die Werkältigen erhöht werden, wenn die kostspielige Bonner Rüstungs- und Notstandspolitik beendet wird.

A. B.

# Die Freiheit zum Protest noch nutzen...

## Auch die „neuen“ Notstandspläne untergraben die Demokratie

Seit 10 Jahren drängt die CDU/CSU nach Notstandsgesetzen, mit denen „legal“ die Grundrechte unserer Verfassung eingeschränkt oder aufgehoben, die Demokratie ausgehöhlt oder gänzlich beseitigt werden soll. Jetzt, mit der Großen Koalition, glaubt sie endlich ans Ziel zu gelangen: Das Kabinett hat den von Minister Lücke vorgelegten Entwurf einer Notstandsverfassung verabschiedet und zugleich den Entwurf eines Gesetzes zur Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses beschlossen. Bis Sommer nächsten Jahres sollen Bundestag und Bundesrat diese Gesetze verabschiedet haben.

Die von der „Welt der Arbeit“ vor diesen Kabinettsbeschlüssen gestellte Frage: „Macht die SPD faule Kompromisse?“ erweist sich also als voll auf berechtigt. Um den Gewerkschaften die Notstandsgesetze schmackhaft zu machen, war von führenden SPD-„Notstandsexperten“ eine „Entrümplung“ der schon vor den Bundestagswahlen 1965 beschlossenen „einfachen“ Notstandsgesetze (Sicherstellungs- und Schulzgesetze) angekündigt worden. Das Bundeskabinett hat jedoch lediglich beschlossen, diese Gesetze zu „vereinfachen“ und der Notstandsverfassung „anzupassen“. Auch hier hat die „Welt der Arbeit“ recht behalten, wenn sie feststellt: „Man hört die Kunde von der Entschärfung der Notstandsgesetzgebung — aber daran zu glauben ist nicht einfach.“

Durch die Notstandsverfassung sollen folgende Grundrechte eingeschränkt werden: Das Recht auf Entschädigung bei Enteignungen; das Recht, innerhalb von 24 Stunden nach Festnahme durch die Polizei einem Richter vorgeführt zu werden; das Recht, nicht zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden zu können, Beruf und Arbeitsplatz frei zu wählen. Wenn von den Befürwortern der Notstandsgesetzgebung beschwichtigend betont wird, daß mit der Notstandsgesetzgebung die Koalitions- und Versammlungsfreiheit sowie das Streikrecht nicht angetastet werden, so ist das nur formal richtig. In Wirklichkeit würden die Gewerkschaften ihre volle Wirkungsmöglichkeit verlieren, wenn — wie von Minister Lücke in einem Brief an den DGB-Bundesvorstand erläutert wurde, im „Notstandsfall“ acht Millionen Arbeitnehmer dienstverpflichtet werden!

Die Post-, Telefon- und Fernmeldekontrolle soll auch ohne einen bestimmten Verdacht gegen bestimmte Personen zur Abwehr von Gefahren für die äußere Sicherheit möglich sein. Eine solche Globalermächtigung läßt jede Auswucherung dieser Bespitzelung von Demokraten zu, zumal damit der von Ex-Nazis durchsetzte Bundesnachrichtendienst beauftragt werden soll.

Es bleibt das Geheimnis des Ministers Lücke, wieso die jetzt beschlossenen Notstandsgesetze mit der Geheimniskrämeri um die „Schubladenentwürfe“

Schluß machen, wie er nach der Beschlußfassung des Kabinetts über die Notstandsgesetzgebung erklärte. Diese Entwürfe sind auch jetzt nicht veröffentlicht worden, und sie werden, wie die ganze Notstandsgesetzgebung, nicht dadurch besser, daß jetzt angeblich die Entscheidung für den „Notstandsfall“ nicht mehr bei der Regierung, sondern beim Parlament, genauer bei dem aus 21 Bundeslagsabgeordneten und 11 Ländervertretern bestehenden Notparlament liegen soll. So sehr sich jetzt Schiller und Strauß bei der Abwälzung der Krisenlasten auf die Werkträger verstehen, so sehr werden auch der SPD-„Notstandsexperte“ Helmut Schmidt und sein CDU-Kollege Benda im „Notstandsfall“ Hand in Hand arbeiten, wie das bereits im Eilebunker einträglich erprobt wurde.

Die Notstandsgesetzgebung ist orientiert auf den Krieg, nicht auf Frieden und Entspannung. Auch mit Zuckerbühler versehen, bleibt sie Gill für unsere ohnehin unterentwickelte Demokratie. Unter den Bedingungen der Notstandsgesetze würde der Kampf der Gewerkschaften um wirksame Mitbestimmung, höhere Löhne und Gehälter und bessere Sozialleistungen erschwert, wenn nicht unmöglich. Die Gewerkschaften sollen darum nicht zögern, jetzt unmittelbar in allen Städten und Orten der Großen Koalition der Notstandsbefürworter die noch größere, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Wissenschaftler, Pfarrer und Künstler umfassende Koalition der Notstandsgegner entgegenzustellen: in Veranstaltungen vom Diskussionszirkel bis zur Kundgebung und Demonstration, in Petitionen und anderen demokratischen Willenskundgebungen. Noch haben wir die Freiheit dazu!

Alice Bayer, Bremen

## Protest in Bergkamen

Mit einer eindrucksvollen Protestkundgebung beantwortete im April die Belegschaft der zur bundeseigenen Ewald-Kohle AG gehörenden Zeche „Haus Aden“ in Bergkamen (Krs. Unna) die Politik des Zechensterbens und der Feierschichten. Unterstützt von den Vertretern der Stadt, der Geistlichkeit, des gewerblichen Mittelstandes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, demonstrierten rund 3000 Bergarbeiter

## briefe ...

und ihre Familienangehörigen unter folgenden Lösungen: „1945 dienstverpflichtet — 1967 Existenz vernichtet“, „Sicherheit statt Chaos“, „Genug geredet: Wir wollen jetzt Taten“ und „Unser Geduld ist zu Ende.“

Auf dem Marktplatz des Stadtteils Oberaden, wo schwarze und rote Fahnen wuchsen, warnte IGBE-Bezirkssekretär Assmann, der Sturz der Regierungen in Bonn und Düsseldorf habe seine Ursache nicht zuletzt in der Entwicklung im Ruhrgebiet gehabt. Wenn man eine Neuauflage dieser Ereignisse verhindern wolle, müßte schnellstens und durchgreifend gehandelt werden. „Nicht Schillers schöne Worte, sondern ausschließlich die Taten der Regierung stehen zur Diskussion.“

Assmann forderte neben der Bildung einer Bergbau-Einheitsgesellschaft den Stopp für ausländische Kohle einfuhren, die Lizenzierung der Olimporte, die Heraufsetzung der Heizölsteuer, die Bezahlung der Feierschichten und die Einführung der echten 5-Tage-Woche im Bergbau. „Wer die Notstandsgesetze will, soll erst einmal die Notstände bei den Bergarbeitern und in den Bergbaugemeinden beobachten“, sagte Assmann. Als die beste Sicherung gegen Notstände bezeichnete Assmann nicht Gesetze, sondern ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit. Bürgermeister Pech erklärte sich mit den protestierenden Kumpeln solidarisch und versicherte, das Stadtparlament von Bergkamen werde die Forderungen der Bergarbeiter unterstützen.

Nachdem Betriebsratsvorsitzender Sehl die bevorstehende Entlassung von 600 Arbeitern und Angestellten der Zeche „Haus Aden“ angekündigt hatte, forderte Betriebsratsmitglied Grüner alle Ruhrbergarbeiter zu entschlossenen Aktionen gegen die von den Konzernen und der Bundesregierung betriebene Politik des Zechensterbens auf. Grüner appellierte an die Betriebsräte sämtlicher Zechen an Rhein und Ruhr, mit Protestaktionen nicht erst zu warten, bis Stilllegungsbeschlüsse gefaßt würden, sondern schon jetzt mit dem Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze zu beginnen.

Inzwischen hat IGBE-Vorsitzender Arendt erklärt, wenn die Gespräche mit der Bundesregierung ohne greifbare Erfolge blieben, werde man sich neue Aktionen überlegen müssen. „Dann werden wir aber nicht kleckern, sondern klotzen!“ betonte Arendt.

Georg Baretzki, Unna

## Die große Ernüchterung

Die Gewerkschaftszeitung „druck und papier“ deckt in Nr. 8 vom April 1967 auf, was im Schatten der wirtschaftlichen Flauft fälschlich in den Betrieben vor sich geht, und schreibt u. a.:



„Wir hatten Vollbeschäftigung und lebten auch als Arbeitnehmer in der Aussicht, wenigstens bescheidenen und fürs erste ausreichenden materiellen Wohl-

stand grundsätzlich erreichen zu können. Die große Ernüchterung kam mit dem Konjunkturückschlag, kam mit der ersten Welle von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Unerträglich geriet der Weltbau von Optimismus und Illusionen ins Wanken – und es begannen mit zu wanken die so solide gewährten materiellen Sondervergünstigungen, deren sich viele, ja die Mehrzahl der Arbeitnehmer neben dem Tariflohn und den vertraglich abgesicherten anderweitigen Entgelten erfreuen durften...“

Vor bundesdeutschen Arbeitsgerichten stehen jetzt zahlreiche Prozesse an, in denen die Gewerkschaften ihre Mitglieder gegen unternehmerische Willkür und unentschuldigte soziale Härten verteidigen müssen. Die Angst um den Arbeitsplatz hat viele Tausende anderer Arbeitnehmer davon abgeschreckt, gegen ähnliche Willkürmaßnahmen sich zur Wehr zu setzen. In unserem Lande, in dem Zivilcourage noch nie groß geschrieben und immer schon von Staats und Obrigkeit wegen bekämpft, niedergestreten, „ausgeradelt“ wurde, in unserem Lande ist man eher bereit als anderswo, Unrecht zu dulden und widerstandslos in den Staub zu sinken...“

Es ist nicht der Sinn dieser Zeilen, Bummelantun oder ähnliche Fehlhaltungen zur Arbeit und zur Leistungsbereitschaft zu verteidigen. Doch wenn etwas verteidigt werden muß, so ist es der redliche und in den Jahren des hektischen Aufbaus und der Hochkonjunktur bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit belastete Arbeitnehmer. Wenn etwas zu verurteilen ist, so die Leichtfertigkeit, mit der vom Krankenstand, von der Arbeitsmoral, vom Pflichtbewußtsein des Arbeitnehmers gesprochen wird. Und die brutale Gewinnsucht, die in vielen Fällen mit dem „Herr im - Hause“ - Standpunkt der Unternehmer durchbricht... Eines wurde ganz deutlich: Dringender denn je ist die gewerkschaftliche Forderung auf Ausweitung der Mitbestimmung.“

## Eine Verhöhnung der Demokratie

In der Mai-Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ der IG Chemie-Papier-Keramik untersucht Dr. Feldmann Punkt für Punkt den neuen Entwurf einer Notstandsverfassung und enttarnt dabei die Behauptung von den „demokratischen“ Notstandsge setzen als Zwecklüge. Zu der Frage des Streikrechts heißt es in dem Artikel:



„Für den Gewerkschafter ist jedoch am einschneidendsten die Änderung des Art. 12 des Grundgesetzes. Jetzt soll es nämlich möglich sein, für Wehrpflichtige eine „Verpflichtung“ zu Dienstleistungen außerhalb des Wehrdienstes im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Streitkräfte sowie der Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte, former zu Dienstleistungen im „Bundesgrenzschutz“ durch Gesetze einzuführen. Diese Vollmacht ist an keinerlei Notstandserklärung gebunden, sondern soll prinzipiell und zu jeder Zeit gelten. Da wohl alle Wirtschaftszweige unter den weitgefaßten Begriff

der „Versorgung der Bevölkerung“ fallen, kommt diese Bestimmung einer allgemeinen Zivildienstpflicht mitten im Frieden gleich. Im folgenden Absatz heißt es dann noch ganz allgemein, daß „für Zwecke der Verteidigung im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Streitkräfte und der Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte“ durch Gesetz die Freiheit, die Ausübung des Berufes oder den Arbeitsplatz aufzugeben, eingeschränkt werden kann. Das bedeutet, daß zu jeder Zeit auch für die übrigen Arbeitnehmer eine Dienstverpflichtung an den eigenen Arbeitsplatz möglich ist.“

Der antigewerkschaftliche Charakter dieser Bestimmung tritt offen zutage. Mit Hilfe dieses Artikels könnte jeder Streik für ungesetzlich erklärt werden, sobald im Interesse der Versorgung der Bevölkerung die Streikenden an ihren Arbeitsplatz dienstverpflichtet werden. Der wahre Charakter der gesamten Notstandsplanung enthüllt sich im Zusammenspiel dieses Dienstverpflichtungsparagraphen mit der Ermächtigung zum Einsatz der Streitkräfte als Polizei. Damit wird eine gegen die Arbeiter und ihre Organisationen gerichtete Diktatur ermöglicht, gegen die es keinen gesetzlichen Widerstand mehr geben würde.

Der Neuentwurf einer Grundgesetzänderung bringt also gegenüber den früheren Entwürfen keine Verbesserungen. Die vorgenommenen Veränderungen sind nur Schönheitskorrekturen, die an dem Kern der Notstandsgesetzgebung nichts ändern. Im Gegenteil, die Straffung des Textes läßt seine Gefährlichkeit nur um so deutlicher erkennbar werden. Es ließe die Demokratie verhöhnen, diesen Entwurf als eine „Demokratisierung“ der Notstandspläne zu bezeichnen.“

## Soziale Symmetrie muß erkämpft werden

Mit der Situation des Arbeitnehmers und den Aufgaben der Gewerkschaften befaßt sich das April-Heft der Funktionszeitschrift des DGB, „Die Quelle“:



„Der sichere Arbeitsplatz – für viele bisher eine Selbstverständlichkeit und darum oft gering geachtet – erweist sich als die einzige solide Existenzgrundlage der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Vermögensbildung für Arbeitnehmer in Form des 312-D-Mark-Gesetzes und auch betriebliche Sozialleistungen mag man schätzen, in einer Wirtschaftsflaute weisen sie sich sofort als das, was sie in Wirklichkeit auch sind: angenomme Beigaben, solange die Konjunktur anhält. Sie können weder die gesellschaftliche Situation des Arbeitnehmers verändern, noch seine Abhängigkeit von den Besitzern der Produktionsmittel aufheben. Die Sicherung des Arbeitsplatzes, und das bedeutet heute die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, ist darum die wichtigste Aufgabe, die es gegenwärtig in der Bundesrepublik zu lösen gilt. Sie kann nur gelöst werden durch eine starke, zielstreibige Regierung. Doch wie diese Lösung aussieht, ob dabei die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht zu kurz kommen, das hängt entscheidend von der Stärke der Gewerkschaften ab, die dabei ein Wort mitzureden haben. Und darum müssen wir stark sein, denn auch unsere Gegner sind stark. Sie werden zudem in der gegenwärtigen Phase des Konjunkturverlaufs durch die Verhältnisse, die sich aus den Gesetzen der Marktwirtschaft ergeben, begünstigt.“

Der Ausgleich für die Arbeitnehmer, der erfolgen muß, sobald wir die vertrackte „Talsalie“

durchschritten haben, von der Professor Schiller so gern redet, der wird nicht durch die Regeln dieser Marktwirtschaft hergestellt. Die soziale Symmetrie stellt sich nicht von selbst ein. Sie wird uns auch nicht durch die Regierung als Prämie für unser Wohlverhalten gewährt. Wir werden darum kämpfen müssen und dazu müssen wir stark sein.“

## Mai-Kampftag sehr aktuell

Gegen die Versuche, den 1. Mai seines traditionellen Inhalts zu beraubten, wendet sich in Nr. 8 der Gewerkschaftszeitung „Metall“ vom 18. April 1967 der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner. In einem Leitartikel schreibt Brenner:



„Immer wieder konnten wir in den letzten Jahren feststellen, daß man mit spöttischer Überheblichkeit den Gewerkschaften vorzuhalten pflegte, ihre Mai feiern seien nicht mehr zeitgemäß und hätten eigentlich ihren Sinn verloren. Die Kulisse des Wirtschaftswunders bildete bisher den – oftmals recht malerischen – Hintergrund für die Behauptung, die Arbeitnehmer hätten nunmehr alles erreicht, was sie früher gefordert, wofür sie demonstriert und gekämpft haben. Jetzt bliebe ihnen nichts anderes übrig, als sich des Erreichten zu freuen und sentimentale Erinnerungen an jene vielleicht schrecklichen, aber längst vergangenen Zeiten zu pflegen, in denen es so etwas wie Lohndrucker, plötzliche Entlassungen, Schwarze Listen und einseitige Unternehmerdiktatur gab.“

Aber was wird man nun sagen? Aus dem Wirtschaftswunder ist dank wirtschaftlicher Planlosigkeit der Regierung Erhard eine Flauft geworden. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Einkommensminderung und Abbau betrieblicher Sozialleistungen, ein plötzlicher Wandel vom „lieben Mitarbeiter“ zum unbedeuten Lohn- und Gehaltskostenfaktor – das alles ist auf einmal nicht mehr längst überwundene Vergangenheit, sondern wieder bittere Realität. Und zugleich enthüllt sich auch das Gerede über Sinnlosigkeit oder Hinfälligkeit der traditionellen Maifeiern als das, was es immer gewesen ist: ein Versuch, die Gewerkschaften von ihrer Aufgabe abzubringen, ihr aktives Eintreten für eine Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitnehmer und für den sozialen Fortschritt zu bremsen. Dach die Situation dieses Jahres erweist sich als denkbar ungünstig für derartige Vernebelungsversuche. Sie zeigt den Arbeitnehmern, daß der 1. Mai, ihr internationaler Kampf- und Feiertag, keineswegs nur noch historische Erinnerung ist, sondern vielmehr höchst aktuelle, lebendige Gegenwart...“

Die Arbeitnehmer erkennen in der gegenwärtigen Situation deutlich, wie wichtig für sie die Schutzfunktion der Gewerkschaften ist. Sie sehen, daß der soziale Kurs nicht von allein eingehalten werden kann, sondern bewußt gesteuert werden muß. Und der soziale Fortschritt ist nur dann möglich, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Kampf gegen alle rechtsradikalen, antidemokratischen, autoritären Tendenzen; gegen eine Notstandsgesetzgebung, die unsere demokratische Ordnung verfälscht; für die Sicherung unserer Demokratie in Staat und Wirtschaft; die Erhaltung der Tarifautonomie; Mitbestimmung der Arbeitnehmer; soziale Sicherheit; Entspannung und Erhaltung des Weltfriedens. In diesem Zeichen und im Bewußtsein der Größe und Schwereigkeit unserer Aufgabe wollen wir den 1. Mai 1967 kraftvoll und würdig begehen.“

## ■ 30. Juni

Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 3,8 Millionen Beschäftigte in der metallverarbeitenden Industrie der Bundesrepublik kündbar, in Bayern zum 30. September.

## ■ 31. Juli

Lohn- und Gehaltstarifverträge für über 2 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, bei Bundesbahn und Bundespost kündbar.

## ■ 31. August

Tarifverträge für über 200 000 Beschäftigte im graphischen Gewerbe kündbar.

## ■ 31. August — 1. September

Frauenkonferenz der IG Metall in Braunschweig.

## ■ 30.—31. Oktober

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik zu Satzungsfragen in Hannover.

## ■ Mai 1968

Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Versicherungsträger (Rentenversicherung, Ersatzkassen, Berufsgenossenschaften, Betriebskrankenkassen).

## ■ 16.—21. September 1968

7. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel - Banken - Versicherungen in Bremen.

**Skandinavische Gewerkschafter auf Informationsreise**

Vom 16. bis 22. April unternahmen zehn Gewerkschaftsfunktionäre aus Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland eine Informationsreise durch die Bundesrepublik. Einlader war der Hamburger Heinz Geinitz, Mitglied des ständigen Komitees der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands. Die nordischen Gewerkschafter besuchten u. a. das Volkswagen-Werk in Hannover, wo sie mit dem Betriebsrat sprachen. Weitere Gespräche führten sie mit dem Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik, Wilhelm Gefeller und mit Vorstandmitgliedern der Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

Zum Abschluß der Reise fand in Hamburg ein von 300 Personen besuchtes Forum statt, auf dem die „Gemeinsamkeiten der Arbeitnehmer im Ostseeraum“ zur Diskussion standen. Der Düsseldorfer Journalist Baumöller leitete mit einem kurzen Referat die Aussprache ein. Die Veranstalter machten in diesem Zusammenhang auf die X. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands aufmerksam, die vom 8. bis 16. Juli 1967 in Rostock stattfindet.

# Fragwürdige politische Bildung

Politische Bildung sollte den Zweck haben, den Bürger zu befähigen, die täglichen politischen Begebenheiten zu einem Bild zu ordnen, so daß er zu einer sachlichen Beurteilung und Mitarbeit am politischen Geschehen in der Lage ist. Mitarbeiter wird in der Demokratie von jedermann verlangt, und der einzelne muß entscheiden, wie weit er selbst dazu bereit ist. Um einen kritischen Staatsbürger zu erziehen, um den Jugendlichen mit den Prinzipien einer lebendigen Demokratie vertraut zu machen, wurde in den Schulen der Sozialkunde-Unterricht eingeführt. Was bisher auf diesem Gebiet geleistet wurde, geht aus einer kürzlich in der „Hessenpolitik“ — landespolitischer Informationsdienst“ Wiesbaden, März 1967, veröffentlichten Untersuchung der von den Lehrerinnen und Lehrern finanzierten Max-Träger-Stiftung hervor. Die Untersuchungen erstreckten sich auf die Volks-, Mittel- und Berufsschulen und ebenso auf das Lehrermaterial. Obwohl die Untersuchungen nur in den Städten Frankfurt, Hamburg und Stuttgart durchgeführt wurden, in Städten also mit schulisch günstigen Bedingungen, war das Ergebnis niederschmetternd.

Im allgemeinen stellte die Untersuchung fest, daß an den Schulen ein unsachliches und unkritisches Denken in Schlagzeilen vorherrscht, das „weder an Volks-, Berufs- und Mittelschulen, noch Gymnasien ein enges Verhältnis der Schüler zur Politik erreicht“ und kein „politisches Urteilsvermögen sowie eine Einsicht in die eigene soziale Situation ausgebildet hat ... Die Anerkennung demokratischer Einrichtungen bleibt ... bei den Volksschülern mehr als bei den Schülern weiterführender Schulen noch an der Oberfläche und ließe sich unschwer erütteln.“

Angesichts dieser Ergebnisse stellt sich die Frage nach den Ursachen und nach den Möglichkeiten, wie und was geändert werden kann und muß. Hierzu gibt die Untersuchung selbst zwei Antworten: Einmal muß die Ausbildung der bereits amtierenden Lehrer im Hinblick auf eine Erweiterung ihrer sozial-wissenschaftlichen Kenntnisse intensiviert werden. Weiter sollte man die Sozialkunde-Lehreraufbau für Absolventen der sozialwissenschaftlichen Fächer an den Universitäten öffnen, damit Soziologen, Volkswirte usw. die Qualifikation zum Unterricht an den höheren Schulen und an den Berufsschulen erhalten.

Das zweite wäre eine gründliche Durchleuchtung der Lehrbücher, die bisher ziemlich kritiklos im Unterricht Verwendung finden. Hierzu ein Beispiel: In einem der Lehrbücher wird folgende Rechenaufgabe gestellt: „Im Jahre 1958 zählte man in der Bundesrepublik 781 000 Streiktage. Wieviel

Lohn ging dadurch verloren bei einem Durchschnittslohn von 20 DM pro Tag und Arbeiter?“ Hier wird an einer harmlos ausschenden Rechenaufgabe die Tendenz deutlich, den Streik zu diffamieren und ihn gewissermaßen als ein „Verlustgeschäft“ der Arbeiter hinzustellen. In einem anderen Buch fand sich folgende naive Schwarz-weiß-Malerei: „Mit seiner Ideologie ist der Kommunismus antireligiös und atheistisch, totalitär, diktatorisch und damit anti-demokratisch, imperialistisch, staatskapitalistisch und damit auch arbeiterfeindlich, dialektisch, kollektivistisch, menschenverachtend, brutal, intolerant, skrupellos.“ (Schulbuch - Analyse von Volker Nitzschke). Von 40 untersuchten Büchern konnten nur fünf ohne Einwand akzeptiert werden.

Die Untersuchung macht deutlich, daß sich die Eltern in den Schulbeiräten notwendigerweise mit dieser Studie eingehend beschäftigen sollten und den Sozialkunde-Unterricht an der von ihnen betreuten Schule unter die Lupe nehmen müßten, und zwar im Hinblick auf Lehrer und auf das Schulbuch. Sicher ist es auch eine lohnende Aufgabe für die Gewerkschaften, dafür Sorge zu tragen, daß Schulbücher mit sachlichem Inhalt Verwendung finden, damit eine junge Generation herangeführt wird, die das politische Geschehen auch sachlich und kritisch verarbeiten kann.

E. B.

**Zu guter Letzt**

Der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Carl Stenger, beschäftigte sich als Hauptriedner auf der Wesiberliner Mai-Kundgebung ausführlich mit der Lage in der DDR. Sinngemäß sagte er: *Unsere Landsleute drüben müssen schultern und schultern und schultern ... Von den Früchten ihrer Arbeit bekommen sie nichts zu sehen. Dazu, daß sie sich trotz dieser Widrigkeiten den Lebensstandard erarbeitet haben, auf den sie heute stolz sind, gratulieren wir ihnen ...*

# nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat. Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Telefon 3/9. Telefon 36 38 Postcheckkonto Stuttgart 960 19. Redaktioneller Mitarbeiter: Gerd Siebert, Hamburg. Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Druck: Max Kritsteller, 2 Hamburg 50, Winterstraße 9. Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement 2,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.